

JAHRESBERICHT 2007



Liebe Leserin, lieber Leser,

die fünfte Ausgabe des Jahresberichts des Statistischen Bundesamtes informiert Sie über Tätigkeitsschwerpunkte und Arbeitsergebnisse im Jahr 2007. Geprägt war dieses zurückliegende Jahr von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der Unterstützung der Arbeiten der Bundesregierung. Hier sind insbesondere die Weiterführung der Bestandsmessung für Bürokratiekosten auf der Grundlage des Standardkosten-Modells und die Bereitstellung statistischer Ergebnisse für Berichte der Bundesregierung zu wichtigen gesellschaftlichen und ökologischen Themen zu nennen.

Auf vielen Feldern steht die amtliche Statistik in Deutschland vor Reformen: Der Methodenwechsel bei der künftigen Volkszählung, die Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken, die Reform der Unternehmensstatistiken, der Finanz- und Steuerstatistiken, der Agrarstatistiken zeugen davon.

Der Bedarf an Informationen wird immer größer, wie auch der Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften in dem Interview, das wir mit ihm führen durften, feststellt. Gleichzeitig soll es künftig viel weniger kosten, diese Informationen bereitzustellen, und auch die Befragten sollen weiter entlastet werden. Diesen Zielkonflikt zu meistern, verlangt von den statistischen Ämtern, ihr Arbeitsprogramm langfristig, also strategisch zu planen und alle Rationalisierungsmöglichkeiten, die die Technik bietet, zu nutzen, aber auch alle Vorteile einer besseren Zusammenarbeit und partnerschaftlichen Arbeitsteilung auszuschöpfen. Dies gilt auf europäischer wie auf nationaler Ebene: Planen heißt Prioritäten setzen.

Das Statistische Bundesamt hat sich mit der Fortentwicklung seiner strategischen Ziele die dafür notwendige Ausrichtung gegeben. So ist fit 2012, das neue Zielsystem, ein wichtiger Baustein, um die Stellung des Statistischen Bundesamtes als moderner Informationsdienstleister Deutschlands weiter auszubauen.



Die Beiträge, die wir hier zu Ihrer Information zusammengestellt haben, stellen eine Auswahl aus dem umfangreichen Tätigkeitsfeld des Statistischen Bundesamtes dar. Zahlreiche Texte belegen die Modernisierungsschritte, die sich intern vollzogen haben: Prozessanalysen zur Optimierung von Arbeitsabläufen, eine transparente Kosten- und Leistungsrechnung, ein Kundenmanagementsystem und der Aufbau eines Dokumentenmanagementsystems. Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Projekte zur Erfassung der Globalisierung und ihrer Auswirkungen, Alterssicherungsleistungen für private Haushalte, Ergebnisse zum Elterngeld und vieles mehr.

Ich hoffe, dass diese Broschüre Sie einlädt, auch andere Publikationen des Statistischen Bundesamtes kennenzulernen, oder der Besuch unserer Homepage www.destatis.de sogar zu Ihrer festen Gewohnheit wird.

Ihr

Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes



6 Information im Dienst der Kunden

- 7 Pressearbeit
- 8 Internetbasierte Angebote
- 12 Publikationen
- 13 Auskunftsdienste
- 15 Angebote für die Wissenschaft
- 18 Messen
- 19 Servicestelle i-Punkt Berlin

20 Wir beschreiten neue Wege

- 21 Strategisches Zielsystem
- 22 Standardkosten-Modell
- 23 Wissenschaftliches Kolloquium 2007
- 24 Zensus 2011
- 26 Interview mit Wolfgang Glöckler, Geschäftsführer beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- 28 Daten für Berichte der Bundesregierung
- 32 Entlastung von Unternehmen
- 36 Wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland

38 Modernisierung der amtlichen Statistik

- 39 Empfehlungen des Statistischen Beirates
- 41 Reform der Steuer- und Finanzstatistiken
- 43 Modernisierung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistiken
- 44 Vereinfachung der Intrahandelsstatistik
- 45 Online-Auswertung der Datenbank der Bundesagentur für Arbeit
- 46 Neuausgabe der Klassifikation der Wirtschaftszweige
- 47 Interview mit Peter Weigl, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes



48 Internationale Aktivitäten

- 49 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- 50 Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems
- 52 Interview mit Hervé Carré, Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften
- 56 Frühschätzung europäischer Konjunkturindikatoren
- 57 Ranking der Arbeitskosten in der EU
- 58 Betriebliche Weiterbildung in Europa
- 59 EDS Europäischer Datenservice

60 Meilensteine der fachstatistischen Arbeit

- 61 Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- 62 Globalisierung und ihre Auswirkung
- 63 Exportweltmeister Deutschland
- 64 Häuserpreisindex für Wohneigentum
- 65 Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
- 65 Alterssicherungsleistungen für private Haushalte
- 66 Kindertagesbetreuung und Elterngeld
- 68 Studienverlaufsindikatoren
- 70 Entwicklungszusammenarbeit

72 Personal und Haushalt

- 73 Mitarbeiterbefragung
- 73 Personalstruktur im Wandel
- 75 Aus- und Fortbildung
- 76 Haushalt und Ressourcen
- 78 Gesamtanierung
- 82 Organisationsstruktur



Information im Dienst der Kunden

Statistik macht Schlagzeilen

Auch im vergangenen Jahr lieferten die Ergebnisse aus den fast 600 Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes wieder Schlagzeilen bzw. Fakten für die aktuelle Diskussion. Ein zentrales Thema des Jahres 2007 war die Familienpolitik und die Frage, ob es dank des neu eingeführten Elterngeldes bald mehr Kinder in Deutschland geben wird. So gab der leichte Anstieg der Geburten im ersten Quartal 2007 Anlass zur Hoffnung, dass die Talsohle beim Geburtenrückgang erreicht ist. Nach der neuen Elterngeldstatistik nahmen im ersten Quartal 2007 mehr als doppelt so viele Väter als zu Zeiten des Erziehungsgeldes eine berufliche Auszeit für den Nachwuchs. Wussten Sie auch, dass sich in Deutschland im Jahr 2006 fast 800 Tagesväter in der Kindertagesbetreuung engagiert haben?

Auch in die Debatte um die staatliche Unterstützung von Geringverdienenden und die Einführung von Mindestlöhnen für bestimmte Branchen brachte das Statistische Bundesamt Fakten ein. So lagen im zweiten Halbjahr 2006 die niedrigsten Tariftundenlöhne für wenig qualifizierte Arbeitnehmer bei rund fünf Euro. Allerdings verdienen auch manche Fachkräfte, wie zum Beispiel Friseure oder Köche, trotz Berufsqualifikation nur vergleichsweise wenig. Große Aufregung bei den Verbrauchern löste 2007 die Verteuerung von Milchprodukten aus. Die Vermutung, dass ein gestiegener Milchverbrauch in China die Ursache hierfür sei, konnten die Zahlen der Außenhandelsstatistik allerdings nicht belegen. Zwar ist die Ausfuhr von Milch und Milchprodukten im ersten Halbjahr 2007 wertmäßig um mehr als 20% gestiegen, aber 90% der deutschen Ausfuhren gehen in die Europäische Union und nur 0,1% in direkten Handelsbeziehungen nach China und Indien zusammen. Auch der Anteil dieser beiden Länder an den EU-Exporten von Milch und Milchprodukten lag in diesem Zeitraum nur bei knapp 3%. Eine Pressemitteilung zum Gebrauchtwagenexport machte deutlich, dass im Jahr 2006 die meisten gebrauchten Autos aus Deutschland (nahezu 83 000) nicht wie vielfach angenommen nach Polen, sondern nach Rumänien verbracht wurden. Die ersten Ergebnisse aus der neuen Statistik zur Überschuldung von Privatpersonen fanden ihren Weg auf die Titelseite der größten deutschen Boulevardzeitung.



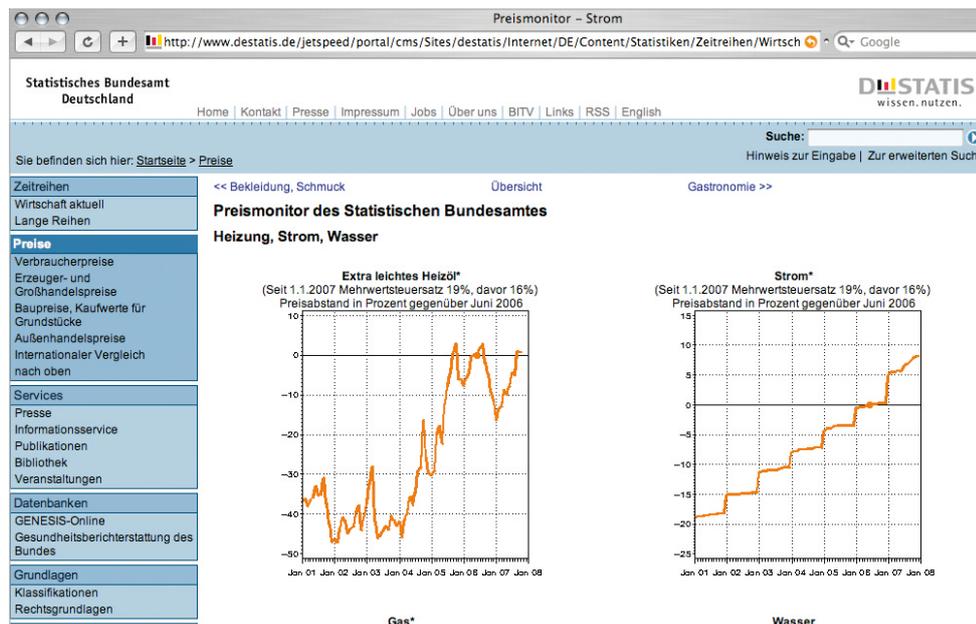
Auch das Statistische Bundesamt selbst ist für Schlagzeilen gut: Unter dem Titel „Im Megastore des Wissens“ berichtete eine große deutsche Wochenzeitung im November auf einer Doppelseite über den erfolgreichen Wandel des Amtes zum modernen Informationsdienstleister.

Die verschiedenen Facetten der „Globalisierung“ waren ein Schwerpunktthema der Pressekonferenzen im Jahr 2007. Im September wurde anhand von Ergebnissen der Input-Output-Rechnung gezeigt, dass vom Warenexport verstärkt Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich profitieren. Dies ist jedoch nur die eine Seite: Steigende Exporte infolge der Globalisierung fördern zwar Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, wirken sich aber gleichzeitig negativ auf die Umwelt aus. Nach Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, die im November vorgestellt wurde, sind die bei der Herstellung von Exportgütern entstandenen CO₂-Emissionen in Deutschland von 1995 bis 2004 um fast ein Viertel auf rund 300 Millionen Tonnen gestiegen – trotz erheblicher Effizienzgewinne beim Energieeinsatz in der Produktion.

Website als wichtigste Informationsquelle für Statistikkunden

Das Internet bekommt als Informationsquelle einen immer höheren Stellenwert. Die Zahl von Seitenabrufen bei www.destatis.de ist weiter gestiegen und hat inzwischen die Schwelle von 3,5 Mill. im Monat überschritten. Im Jahr 2007 hat das Statistische Bundesamt sein Internetangebot grundlegend überarbeitet und ausgebaut. Ein wichtiges Anliegen war dabei, künftig auch den englischsprachigen Nutzern ein alle Themen umfassendes Angebot zu präsentieren, um dem international steigenden Interesse an der deutschen Statistik Rechnung zu tragen.

Mit dem neuen Internetauftritt wurde die Nutzerführung stärker der konkreten Nachfrage angepasst, sodass die gewünschten Informationen schneller und sicherer zu erreichen sind. Die Navigation ist thematisch ausgerichtet und auf den Themenübersichtsseiten finden sich neben



Über die Website des Statistischen Bundesamtes erhalten interessierte Nutzer Daten über die Preisentwicklung häufig gekaufter Produkte.

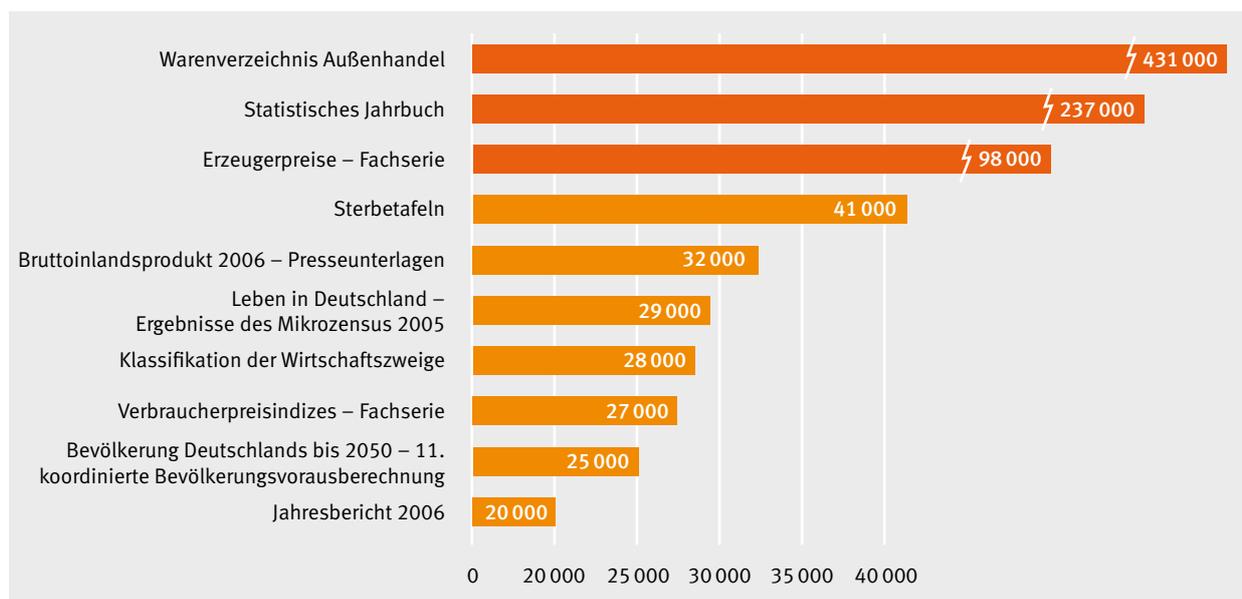
den Kernaussagen auch Verweise auf alle zugehörigen Querschnittsinformationen. Interaktive Grafiken und Programme sind nun direkt über die Startseite erreichbar. Neue Angebote sind hier der Atlas der Außenhandelsstatistik, der Atlas der Luftverkehrsstatistik und Bevölkerungspyramiden für alle Bundesländer mit Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Der seit Mitte 2006 angebotene monatlich aktualisierte Preismonitor hat sich zu einer festen Größe entwickelt, anhand derer sich Fachleute und die Öffentlichkeit über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen, die von deutschen Haushalten häufig gekauft werden, informieren können.

Die Suchfunktion wurde erweitert und umfasst jetzt auch die Recherche im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes.

Zeitgleich mit der Freischaltung des neuen Internetangebots ist der bisherige Statistik-Shop in „Publikationsservice“ umbenannt worden. Damit wurden Hemmschwellen zur Nutzung der Veröffentlichungsdatenbank abgebaut und dem wachsenden Angebot an unentgeltlich bereitgestellten elektronischen Varianten der Veröffentlichungen Rechnung getragen. Die Online-Vertriebsplattform bietet nicht nur die Möglichkeit, Print-Publikationen bequem zu bestellen, sondern darüber hinaus auch alle aktuellen Veröffentlichungen herunterzuladen.

Top 10 der Downloadabrufe 2007



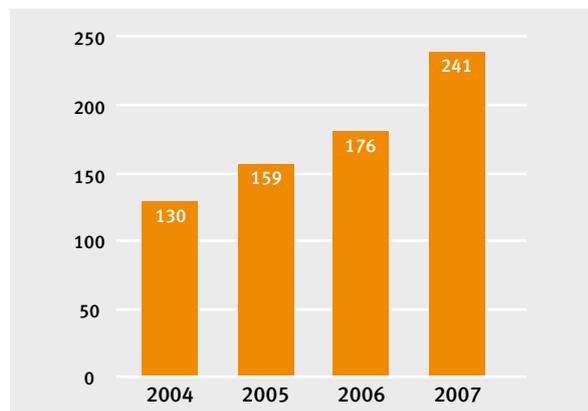
Fünf Jahre GENESIS-Online

Vor fünf Jahren wurde die Datenbank des Statistischen Bundesamtes GENESIS-Online im Internet freigeschaltet. Als Modellprojekt in der BundOnline2005-Initiative der Bundesregierung startete GENESIS-Online im Juli 2002 mit 58 Statistiken, die zusammen rund 650 000 Werte enthielten. Seitdem wurde die Datenbank sowohl inhaltlich als auch funktional unter Berücksichtigung der Kundenwünsche weiter ausgebaut. Heute ist das Datenangebot auf 165 Statistiken mit 77 Millionen Werten angewachsen.

Mit der im Jahr 2007 veröffentlichten Version von GENESIS-Online wurden zahlreiche Maßnahmen verwirklicht, welche die Nutzerfreundlichkeit der Datenbank erhöht haben. Besonders hervorzuheben sind die Optionen zur grafischen Darstellung von Zeitreihen sowie die Verlinkung von Metadaten in den Tabellen.

Mit insgesamt 241 000 Tabellenabrufen im Jahr 2007 hat die Datenbanknutzung einen neuen Höhepunkt erreicht. Geschäftskunden wie kommerziellen „Weiterverarbeitern“, Banken, Verbänden und Forschungseinrichtungen bietet GENESIS-Online durch sogenannte WebServices die Möglichkeit, Datenabrufe über Softwaresysteme automatisieren zu lassen.

Tabellenabrufe in GENESIS-Online pro Jahr (in Tsd.)



Wie zufrieden sind unsere Kunden?

Im März 2007 präsentierte Professor Manfred Güllner die Ergebnisse einer vom Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Kundenzufriedenheitsstudie, die die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH von Dezember 2006 bis Januar 2007 durchgeführt hat. Ziel der Befragung war es zu erfahren, wie zufrieden die Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes sind und wie sie dessen Image bewerten.

Dazu wurde eine repräsentative Stichprobe von 1 000 Kunden der allgemeinen Auskunftsdienste, des i-Punkt Berlin und der Datenbank GENESIS-Online telefonisch interviewt. Zusätzlich wurden über einen Online-Fragebogen schriftlich rund 220 Kunden des Fachbereichs Mikrozensus zu dessen Informationsangeboten und Dienstleistungen befragt.

Das Gesamtergebnis war erfreulich, denn mehr als neun von zehn befragten Kunden äußerten, dass sie mit dem Statistischen Bundesamt insgesamt zufrieden sind. Mehr als die Hälfte der Kunden waren überzeugte Kunden, das heißt sie waren sehr bzw. außerordentlich zufrieden.

Die Produkte und Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes wurden unterschiedlich beurteilt. Am besten abgeschnitten haben die telefonischen Auskunftsdienste: Mehr als zwei von drei Kunden waren von deren Leistungen überzeugt, der Rest war, bis auf wenige Ausnahmen, damit zufrieden. Dabei haben vor allem die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Ansprechpersonen, ihre Kompetenz und ihr Fachwissen sowie die kurzen Bearbeitungszeiten beeindruckt.

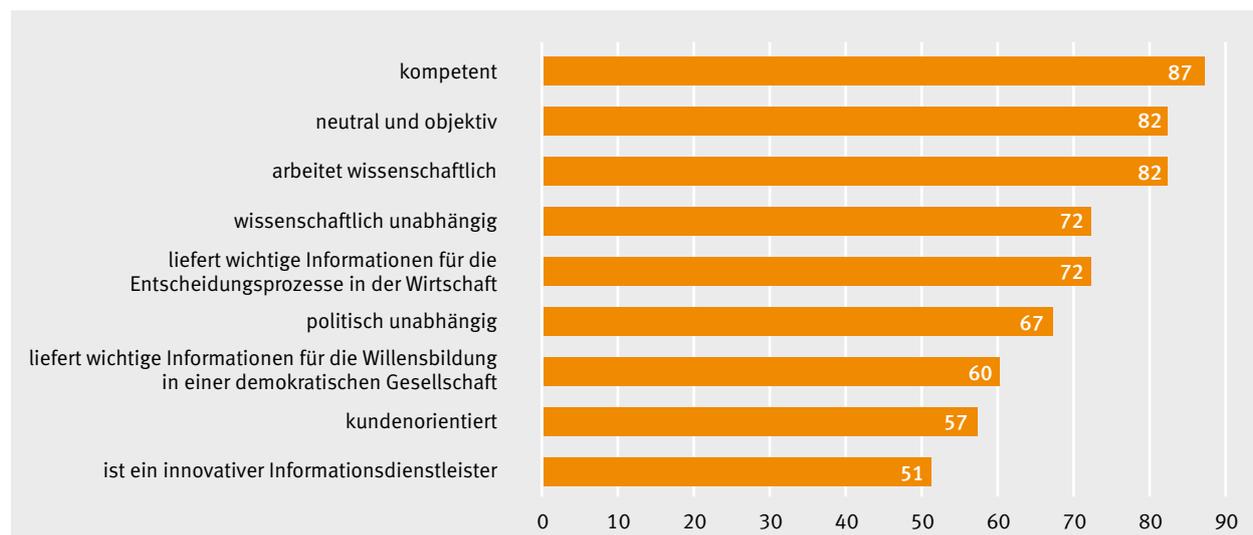
Auch mit dem Daten- und Informationsangebot waren nahezu alle Kunden zufrieden, fast zwei Drittel waren sogar davon überzeugt.

Verbesserungsbedarf wurde vor allem in der technischen Umsetzung des Datenzugangs gesehen. So zeigten sich jeweils knapp ein Drittel der Kunden mit den Suchfunktionen, der Übersichtlichkeit sowie der Bedienbarkeit der Internetseite und der Datenbank GENESIS-Online unzufrieden.

Auf die Kritik der Kunden hat das Statistische Bundesamt umgehend reagiert: Mitte 2007 ging eine wesentlich nutzerfreundlichere Website online, Aufbau und Bedienbarkeit der Datenbank werden derzeit überarbeitet.



Image des Statistischen Bundesamtes (Kunden insgesamt) *



* die Bewertung erfolgt anhand einer Skala von 1 bis 5 („trifft voll und ganz zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“), dargestellt wurden die Anteile für „trifft voll und ganz zu“ bzw. „trifft weitgehend zu“. Angaben in Prozent.

Print-Publikationen: Klassiker und Neuheiten

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist der Klassiker unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes und zugleich das umfassendste statistische Nachschlagewerk auf dem deutschen Markt. Unverzichtbar für alle, die sich jährlich zuverlässig und objektiv über Zustand und Entwicklung unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt informieren wollen. Das Statistische Jahrbuch steht den Nutzern auch zum kostenfreien Download im Internet zur Verfügung.

Die Ausgabe 2007 informiert in einem umfangreichen Anhang über die wichtigsten statistischen Strukturen und Entwicklungen in nahezu allen Ländern der Welt und ersetzt damit das bisherige Statistische Jahrbuch für das Ausland.



Mit den Themenheften hat das Statistische Bundesamt 2007 eine neue Schriftenreihe eröffnet, die Fachthemen aufgreift und durch erläuternde Texte, Grafiken und Tabellen umfassend aufbereitet. Innerhalb dieser Reihe sind bisher erschienen

- Leben und Arbeiten in Deutschland
– Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Entwicklung der Informationsgesellschaft
– IKT in Deutschland
- Nachhaltige Abfallwirtschaft in Deutschland

Renner unter den Broschüren:

Die Bildungspolitik steht derzeit im Fokus politischer und gesellschaftlicher Debatten. Aus wirtschaftlicher und bildungspolitischer Sicht wird höheren Abschlüssen eine besondere Bedeutung zugemessen. Die Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ erfreute sich bereits 2006 großer Resonanz, enthält sie doch die wichtigsten nationalen Kennzahlen im Hinblick auf Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur und Betreuung, überregionale Attraktivität sowie finanzielle Ausstattung der Hochschu-

len und vieles mehr. Die Ergebnisse werden in kompakter Form kommentiert und visualisiert. Die Ausgabe 2007 beschreibt neueste Veränderungen und Trends in der deutschen Hochschullandschaft.



Ein häufig diskutiertes Thema ist auch der demografische Wandel. Was verbirgt sich hinter Schlagworten wie „Kindermangel“, „niedrige Geburtenraten“ oder „kinderlose Akademikerinnen“? Beruhen sie auf einer fundierten Datengrundlage? Die Broschüre „Geburten in Deutschland“ beschreibt die wichtigsten Zahlen und Trends zur Geburtenentwicklung aus Sicht der amtlichen Statistik.

Stark nachgefragt wurde auch der Mitte 2007 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Indikatorenbericht 2006: „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ (siehe auch Kapitel 2, Seite 28).

Sein Kernstück bilden 21 Indikatoren, mit deren Hilfe die Nachhaltigkeit der Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft beobachtet wird. Der Indikatorenbericht ist auch in englischer Sprache verfügbar.



Destatis mit neuer Bildsprache

Bisher wurden die Statistikbereiche des Statistischen Bundesamtes in Publikationen durch Bildsymbole repräsentiert, die zum Teil bereits in den 1960er-Jahren entwickelt wurden. Im Rahmen eines Redesigns, das auch neuen Anforderungen hinsichtlich digitaler Darstellungen wie beispielsweise im Internet gerecht wird, bekamen die alten Piktogramme eine neue Aufmachung. Das neue optische Leitsystem wird Schritt für Schritt in das Veröffentlichungsprogramm integriert.



Webbasiertes Kundenmanagementsystem prämiert

„Wie entwickeln sich die Preise in Deutschland?“, „Wie hoch ist die Zahl der Arbeitslosen?“, „Lässt sich der Klimawandel mit Daten belegen?“. Jährlich erreichen das Statistische Bundesamt über 420 000 solcher oder ähnlicher Anfragen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und von Privatnutzern. Sie werden von über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern quer über fast alle Bereiche des Hauses aus rund 390 unterschiedlichen Statistiken mit Millionen von Detailergebnissen beantwortet. Zur Beantwortung schriftlicher Anfragen nutzt das Statistische Bundesamt ein webbasiertes Kundenmanagementsystem.

Über 56 000 Kundendaten sind mittlerweile in diesem Kundenmanagementsystem registriert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren über ein einheitliches und transparentes System. Eine deutliche Reduzierung der Bearbeitungszeiten und eine einheitliche Beantwortung nach vorgegebenen Qualitätsstandards sind schon jetzt erreicht. Im Jahr 2008 wird das Kundenmanagementsystem im Statistischen Bundesamt flächendeckend eingeführt sein.

Beim siebten eGovernment-Wettbewerb für Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen 2007 hat das Kundenmanagementsystem des Statistischen Bundesamtes den dritten Preis in der Kategorie Kunden- und Bedarfsorientierung gewonnen. Prämiert wurden Projektideen, die zu besseren kundenorientierten Multikanal-Services führen und die Kundenanliegen in den Vordergrund stellen.

Auch bei Präsentationen, wie zum Beispiel im Bundesministerium des Innern, auf der CeBIT oder auf der Messe „MODERNER STAAT“, ist es regelmäßig auf großes Interesse und Anerkennung gestoßen.

Vor allem bei den Kundinnen und Kunden hat das Kundenmanagementsystem begeisterte Aufnahme gefunden: 96 % des Feedbacks waren Lob oder Dank.

Interaktive Grafiken und Karten im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes

Interaktive Anwendungen erhöhen nicht nur die Attraktivität des Datenangebots, sondern tragen auch zum tieferen Verständnis und zur leichteren Interpretation der veröffentlichten Zahlen bei.

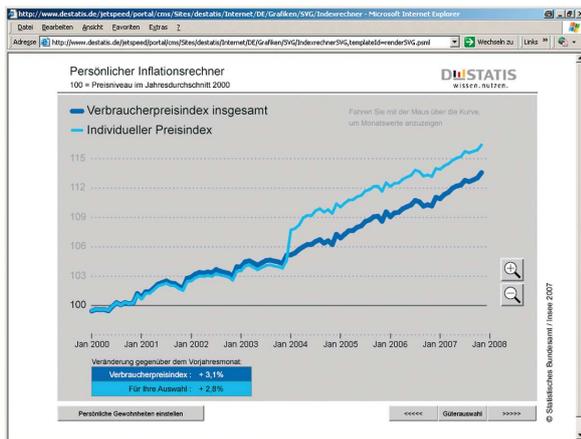
Das Statistische Bundesamt baut sein Angebot an interaktiven Grafiken und Karten ständig weiter aus. So wurden die interaktiven Anwendungen für den persönlichen Inflationsrechner, der Methodik und Berechnung des monatlich veröffentlichten Preisindex verdeutlicht, aktualisiert und verbessert und die Darstellung von Alterspyramiden um Länderergebnisse erweitert. Ein Konjunkturmonitor nach dem Vorbild der amtlichen Statistik der Niederlande ist als weitere Anwendung in Vorbereitung.

Seit Mai 2007 erweitert der Atlas der Außenhandelsstatistik das Angebot an kartografischen Darstellungen der Daten aus der amtlichen Statistik. Mit diesem Atlas realisiert das Statistische Bundesamt erstmals eine Anwendung



Mit dem Atlas der Außenhandelsstatistik lässt sich der Außenhandel Deutschlands mit seinen Partnerländern grafisch nach Größenklassen darstellen.

auf der Basis der Technologie eines Internet-Map-Servers. Für den Nutzer bedeutet dies, dass durch die Anwendung ausschließlich Bilddateien an seinen Rechner geliefert werden. Zugangshürden wie die Installation spezieller Zusatzsoftware entfallen, lediglich die Freigabe der Ausführung von JavaScript im Browser ist zur Nutzung des Angebots erforderlich. Seit Kurzem steht mit dem Atlas der Luftverkehrsstatistik ein weiteres Produkt dieser Art zur Verfügung. Weitere Atlanten zur kartografischen Präsentation von Regionalindikatoren sowie zum internationalen Seeverkehr sollen folgen.



Der persönliche Inflationsrechner ermöglicht die Berechnung eines individuellen Preisindex.



Neue Datenangebote für Wissenschaft und Forschung

Das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes ermöglicht der Wissenschaft einen geregelten Zugang zu amtlichen Mikrodaten. Das an den Nutzeranforderungen ausgerichtete Angebot wurde im Jahr 2007 weiter ausgebaut.

Als Public-Use-File sind nunmehr Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung in der ehemaligen DDR von 1971 erhältlich. Neben demografischen, sozialen und ökonomischen Merkmalen der Einwohner und der Haushalte wurden auch Informationen zu den Wohnverhältnissen der Bevölkerung, wie der bauliche Zustand der Gebäude sowie die Wohnungsbelegung und -ausstattung, erhoben. Das Public-Use-File stellt eine absolut anonymisierte 25%-Stichprobe des Originalmaterials dar und umfasst 104 Merkmale zu 4,1 Millionen Personen in 1,6 Millionen Haushalten.

Als neue Scientific-Use-Files wurden 2007 Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001, der Lohn- und

Einkommensteuerstatistik (FAST) 2001 sowie des Mikrozensus 2005 angeboten. Beim Scientific-Use-File der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 lassen sich die Angaben zu den Beschäftigten mit den Merkmalen des Betriebes verknüpfen (Linked Employer-Employee-Datensatz). Es liegen Informationen für etwa 22 000 Betriebe und über 846 000 Beschäftigte vor.

Für Analysen am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz und über den Weg der kontrollierten Datenfernverarbeitung können jetzt Daten aus einer Längsschnittoaufbereitung der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie der Umsatzsteuerstatistik, Stichprobendaten von Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung 2002 sowie die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2005 genutzt werden.

Speziell der Lehre an Hochschulen dient das im Jahr 2007 erstellte Campus-File der Zweiten Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung aus dem Jahr 2000 (CVTS II) mit Daten für gut 2 500 deutsche Unternehmen.

Ausgewählte Workshops und Konferenzen

Zahlreiche Konferenzen und Workshops boten auch im Jahr 2007 den Statistiknutzern Gelegenheit, sich über Produkte und Projekte des Statistischen Bundesamtes zu informieren und gemeinsam internationale Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen zu erörtern.

Die neuen Paneldatenangebote der amtlichen Statistik wurden auf einer vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung ausgerichteten Nutzerkonferenz mit dem Titel „Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt – Neue Datenangebote und ihre Forschungspotentiale“ am 14. und 15. Juni 2007 in Tübingen erstmalig einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Forschung vorgestellt.

Vom 21. bis 22. Juni 2007 hatten die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. zu einem Workshop unter dem Titel „Dateninfrastruktur, Forschung, Politikberatung“ nach Berlin eingeladen.

Ziel der Veranstaltung war es, Potenziale einer transparenten informationellen Infrastruktur sowohl für die Forschung als auch für die Politikberatung zu erläutern und beispielhaft zu präsentieren.

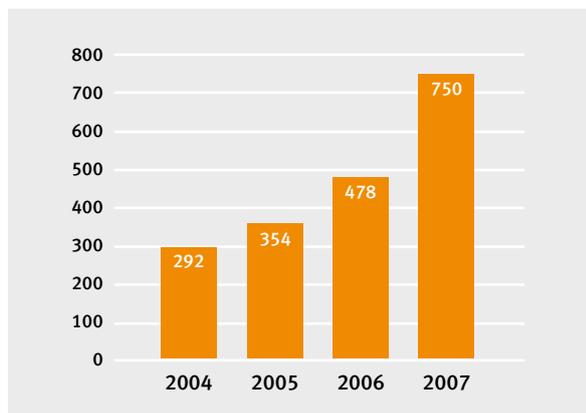
Im Herbst 2007 veranstaltete das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen zum fünften Mal eine Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“. Die Schwerpunkte der diesjährigen Nutzerkonferenz lagen auf migrations- und arbeitsmarktspezifischen Aspekten. Im Vordergrund standen zeitvergleichende Analysen und die Potenziale, die der Mikrozensus 2005 mit der Möglichkeit zur Identifikation des Migrationshintergrundes für die Forschung bietet.



Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten veranstaltete am 12. März 2007 in Wiesbaden einen Workshop „Zur Einflussnahme der Wissenschaft auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik am Beispiel des Zensus 2010/2011“. Anliegen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten war es, den Dialog zwischen amtlicher Statistik und akademischer Wissenschaft über die Gestaltung des Erhebungs- und Aufbereitungsprozesses (von Registerdaten) beispielhaft zu beginnen. Der Workshop richtete sich vor allem an empirisch arbeitende Vertreterinnen und Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Für junge Forscherinnen und Forscher führte der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten in Zusammenarbeit mit den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie dem Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit vom 12. bis 16. März 2007 in Nürnberg erstmals einen Nachwuchsworkshop durch. Ziel dieses Workshops war, den praktischen Umgang mit Mikrodaten aus den Forschungsdatenzentren zu verbessern.

Durchschnittliche monatliche Internetabrufe im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung (in Tsd.)



Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes wurde evaluiert

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (IS-GBE) bietet eine zentrale Anlaufstelle bei der Suche nach gesundheitsbezogenen, insbesondere statistischen Informationen (www.gbe-bund.de). Zur besseren Einschätzung der erreichten Qualität des in den vergangenen Jahren laufend verbesserten Angebots und der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten des IS-GBE wurde im Jahr 2006 eine externe Evaluation in Auftrag gegeben.

Die dabei gesammelten Informationen waren Grundlage für umfangreiche Änderungen an der Website. So wurden Maßnahmen getroffen, um die Barrierefreiheit weiter zu verbessern, das heißt den Zugang für zum Beispiel sehbehinderte oder motorisch eingeschränkte Personen zu vereinfachen. Zugunsten der Übersichtlichkeit wurden die Startseite und die thematische Suche neu gestaltet und auf wenig genutzte Optionen verzichtet. Die Stichwortsuche wurde überarbeitet und präsentiert sich jetzt mit umfangreicheren und besser sortierten Trefferlisten. Nicht zuletzt hat auch die Beschaffung leistungsfähigerer Server, mit denen sich die Antwortzeiten deutlich verkürzt haben, die Qualität des IS-GBE deutlich verbessert.

In den im Rahmen der Evaluation durchgeführten Befragungen wurde der Nutzwert des IS-GBE im Vergleich zu anderen Informations-Websites als sehr hoch eingestuft. Über den Auskunftsdienst sowie Vorträge und Schulungen steht das Statistische Bundesamt in kontinuierlichem Austausch mit den Nutzern des Informationssystems. In Ergänzung zur Evaluation können so die Bedürfnisse der Kunden, ihre Anregungen und Kommentare kontinuierlich in die Planungen einfließen.

Messen – ein modernes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit

Seit mehr als zwanzig Jahren nutzt das Statistische Bundesamt Messen und Kongresse, um den Besucherinnen und Besuchern vor Ort die Informationsangebote der amtlichen Statistik zu präsentieren. Jahrelang standen dabei Publikumsmessen wie die Buchmessen in Frankfurt und Leipzig im Vordergrund. In den letzten Jahren wurden die Schwerpunkte mehr auf Fachmessen gelegt.

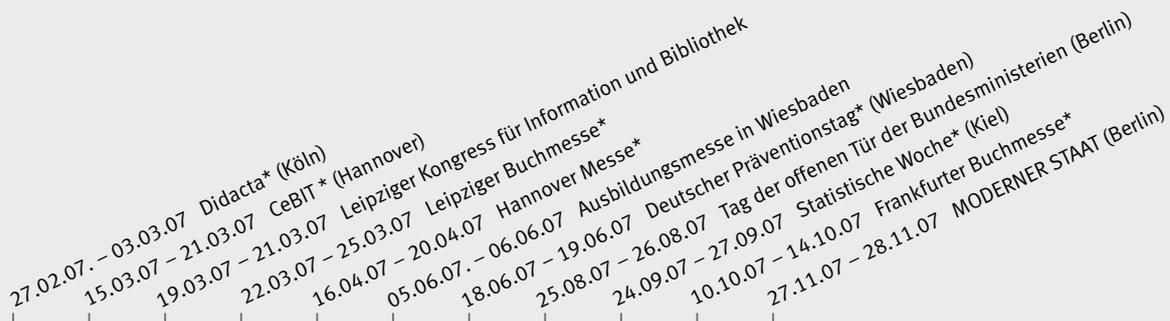
Zum Beispiel nutzen auf der Bildungsmesse Didacta, einem Informationsforum für alle, die mit „Bildung“ zu tun haben, Lehrerinnen und Lehrer gezielt die Möglichkeiten, sich über den Einsatz von Statistiken im Unterricht zu informieren.

Auf der Industriemesse in Hannover wiederum fragen viele Fachbesucher nach, wie sie zu nützlichen Ergebnissen für unternehmensinterne Planungen und Entscheidungen kommen können. MODERNER STAAT in Berlin ist ein wichtiges Forum, um das Statistische Bundesamt den Fachleuten aus Bund, Ländern und Gemeinden als modernen Dienstleister zu präsentieren. Darüber hinaus ist das Statistische Bundesamt bei Veranstaltungen wie beispielsweise den Kongressmessen ConSozial und Bibliothekartag vertreten.



Struktur und Aufbau der Informationsstände des Statistischen Bundesamtes werden immer mehr durch das wachsende Interesse an elektronischen Angeboten bestimmt. Soweit es die Größe der Stände zulässt, kommt neben den PC-Countern auch die Projektionswand „Smartboard“ zum Einsatz. Die interaktiven Angebote, wie Inflationsrechner, Regionalatlas, Bevölkerungspyramiden und vieles mehr, lassen sich mit dieser großen Präsentationsfläche den Besucherinnen und Besuchern besonders gut vorstellen.

Teilnahme des Statistischen Bundesamtes an Messen und Kongressen im Jahr 2007



* zusammen mit einem Statistischem Landesamt oder mehreren Statistischen Landesämtern

i-Punkt Berlin mit neuem Standort und neuer Aufgabe ...

Die im Jahr 1999 eingerichtete Servicestelle des Statistischen Bundesamtes in der Hauptstadt bezieht im März 2008 eine neue Liegenschaft in der Friedrichstraße 50 - 55 am Checkpoint Charlie. Diese zentrale Lage wird es Vertretern politischer Institutionen in Berlin noch einfacher machen, sich über die amtliche Statistik zu informieren. So befinden sich eine Vielzahl von Botschaften, Ministerien und Verbänden in unmittelbarer Nachbarschaft. Informationsveranstaltungen organisiert der i-Punkt bei Bedarf auch extern: So war der i-Punkt zum Beispiel mit einem Informationsstand auf der Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes im September 2007 vertreten und konnte auf diese Weise viele Fachgespräche mit den über 200 deutschen Auslandsvertretern führen.



Der neue i-Punkt präsentiert sich mit einer Infothek, in der Interessenten die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik einsehen und an PC-Arbeitsplätzen online recherchieren können. Drei spezialisierte Beratungseinrichtungen informieren zur deutschen, europäischen und internationalen Statistik. Die internationale Statistik bildet dabei ein neues Standbein des i-Punkt. Sie informiert über die Statistiken internationaler Institutionen und nationaler Statistikämter außerhalb der Europäischen Union. Länderprofile für wichtige Partnerländer Deutschlands und Basisindikatoren zu rund 160 Ländern dieser Welt stehen online abrufbereit zur Verfügung (www.destatis.de).

... und Servicestelle für den Deutschen Bundestag

Mit einem eigenen Beratungsbüro im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages steht darüber hinaus eine zentrale Anlaufstelle für statistische Anfragen jeglicher Art aus Abgeordnetenbüros, Fraktionen und den wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages zur Verfügung. In enger Kooperation mit der sogenannten „Hotline W“ der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses „Kompetenzzentrums für Statistik“ jährlich mehr als 1 000 Anfragen zur amtlichen Statistik.

Einen besonderen Service stellt die Übermittlung statistischer Beiträge zu den Dossiers der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages dar, die zu ausgewählten Schwerpunktthemen der Parlamentssitzungen erstellt werden und den Abgeordneten vor jeder Sitzungswoche zugehen. An insgesamt 21 solcher Dossiers war die amtliche Statistik im Jahr 2007 beteiligt.

Im Zusammenwirken mit der „Hotline W“ werden auch interessante Neuveröffentlichungen und aktuelle Presseergebnisse des Statistischen Bundesamtes zielgerichtet bereitgestellt. Darüber hinaus finden in zweijährigem Turnus statistische Informationsveranstaltungen für die Bundestagsfraktionen statt.



**Wir beschreiten
neue Wege**

Strategische Ziele „fit 2012“

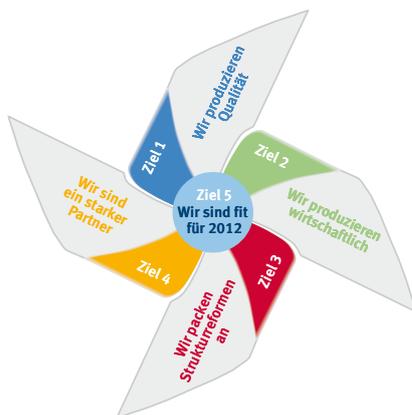
Steigende Anforderungen bei knappen Ressourcen lassen sich nur mit einer klaren strategischen Ausrichtung bewältigen. Seit Jahren plant das Statistische Bundesamt daher seine Arbeiten entlang strategischer Ziele. Die erstmals Anfang 2002 als „fit 2005“ formulierten und im Jahr 2004 als „fit 2008“ überarbeiteten strategischen Ziele wurden 2007 unter breiter Beteiligung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „fit 2012“ weiter aktualisiert. Nach dieser hausweiten Diskussion verabschiedete die Leitungsebene den Zielkatalog „fit 2012“ als verbindlich für die nächsten Jahre.

Inhaltlich geht „fit 2012“ sowohl auf die Forderung der Nutzer ein, „mehr Qualität, aber kostengünstiger“ zu erzeugen, als auch auf den Anspruch des Statistischen Bundesamtes, seine Führungsrolle als Produzent und Anbieter statistischer Daten in Deutschland auszubauen – auch durch Engagement in den internationalen Gremien, welche die Statistik der Zukunft bestimmen.

Die Ziele lauten:

- Wir produzieren Qualität
- Wir produzieren wirtschaftlich
- Wir packen Strukturreformen an
- Wir sind ein starker Partner
- Wir sind fit für 2012

Dabei bezieht sich das „Wir“ im letzten Ziel unmittelbar auf die Beschäftigten, besonders auf deren Qualifikation und Motivation. Zentraler Gedanke von „fit 2012“ ist Qualität in all ihren Facetten – so wie es das Modell der Europäischen Gesellschaft für Qualitätsmanagement (EFQM) vorsieht: Qualität der Produkte, der Prozesse und der Beziehungen zu Partnern. Ein weiterer Maßstab sind die Qualitätskriterien des Verhaltenskodex für europäische Statistiken: Relevanz, Genauigkeit und Zuverlässigkeit, Aktualität und Pünktlichkeit, Kohärenz und Vergleichbarkeit, Zugänglichkeit und Klarheit.



16. Wissenschaftliches Kolloquium und Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft fand am 22. und 23. November 2007 in Wiesbaden das 16. gemeinsame wissenschaftliche Kolloquium zum Thema "Composite Indicators – Boon or bane?"/„Zusammengesetzte Indikatoren – Fluch oder Segen?“ statt. Erstmals wurde die von Prof. Dr. Ralf Münich von der Universität Trier moderierte Veranstaltung zweisprachig durchgeführt. In den Fachreferaten wurde unter anderem der Frage nachgegangen, welchen Beitrag zusammengesetzte Indikatoren für die Statistik leisten können und welche Bedeutung sie im Europäischen Statistischen System haben. Im Anschluss wurden verschiedene Indikatorensysteme vorgestellt. Alle Beiträge stehen im Internet unter www.kolloq.destatis.de zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Am Ende des ersten Veranstaltungstages fand die feierliche Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises 2007 durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, statt. In diesem Jahr konnten auf Empfehlung des unabhängigen Gutachterkreises unter Vorsitz von Herrn Professor Brachinger insgesamt drei wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet werden.

In der Kategorie „Dissertationen“ wurden eine Arbeit zum Thema "Hedonic Elementary Price Indices: Axiomatic Foundation and Estimation Techniques" sowie die Doktorarbeit "Estimation of a Linear Regression with Microaggregated Data" von der Jury als gleichermaßen herausragend und preiswürdig erachtet.

Eine Diplomarbeit zum Thema „Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung für Deutschland“ wurde in der Kategorie „Diplom-/Magisterarbeiten“ von der Jury als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 ausgezeichnet.

Mit der Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises sollen die Beziehungen zwischen den Hochschulen und dem Statistischen Bundesamt vertieft werden. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Nähere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis sowie die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten stehen im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) unter der Rubrik „Wissenschaftsforum“ zur Verfügung.



Präsident Radermacher (l.), Prof. Dr. Brachinger (2. v. l.) und Prof. Dr. Schneeweiß (r.) mit den Preisträgern des Gerhard-Fürst-Preises 2007.

Zensus 2011

Die Weichen für die kommende Zensusrunde 2011 wurden gestellt: Mitte Dezember 2007 ist das Zensusvorbereitungsgesetz, das die Lieferung der zum Aufbau eines Anschriften- und Gebäuderegisters benötigten Daten regelt, in Kraft getreten.

Auf Ebene der Europäischen Union (EU) wurde unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die EU-Rahmenverordnung über Volks- und Wohnungszählungen für die europaweite Zensurrunde im Jahr 2011 diskutiert. Die Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen wurde in der Fassung, die unter deutscher Ratspräsidentschaft erarbeitet wurde, am 26. Februar 2008 vom Europäischen Parlament verabschiedet. Demnach wird den Mitgliedstaaten die Wahl der Erhebungsmethode für die erforderlichen Daten freigestellt.

Das für Deutschland neu entwickelte, registergestützte Zensusmodell unterscheidet sich grundlegend von einer herkömmlichen Volkszählung. Die Kombination aus Registerauswertungen (vor allem der Melderegister und der Daten der Bundesagentur für Arbeit) und primärstatistischen Erhebungen – in Form einer postalischen Befragung der Wohneigentümer (Totalerhebung aller Gebäude mit Wohnraum und Wohnungen) und einer Haushaltstestprobe – ist in Europa einzigartig. Grund für den Methodenwechsel ist eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine deutliche Kosteneinsparung bei unverändert hoher Qualität der Zensusergebnisse.

Zur methodischen Entwicklung der Stichprobendesigns für die Haushaltestbefragung wurde ein Forschungsauftrag an die Universität Trier/Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen erteilt. Ziel der Arbeiten ist zum einen, ein methodisches Fundament zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl für die Gemeinden durch statistische Bereinigung von Unter- und Übererfassungen der Melderegister zu gewinnen. Zum anderen sollen verlässliche Ergebnisse für diejenigen Zensusmerkmale bereitgestellt werden, für die keine oder nur unvollständige Informati-



onen aus den Registern und der primärstatistischen Gebäude- und Wohnungszählung zur Verfügung stehen werden. Die in enger Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik verlaufenden Arbeiten erstrecken sich voraussichtlich bis September 2010.

Ein Gremium von Wissenschaftlern verschiedener Fakultäten, die sogenannte Zensuskommission, soll darüber hinaus die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entwickelten Konzepte, Methoden und Verfahren für den Zensus 2011 wissenschaftlich bewerten und deren Umsetzung begleiten. Damit soll auch die Akzeptanz des Zensus und seiner Ergebnisse in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit gefördert werden.

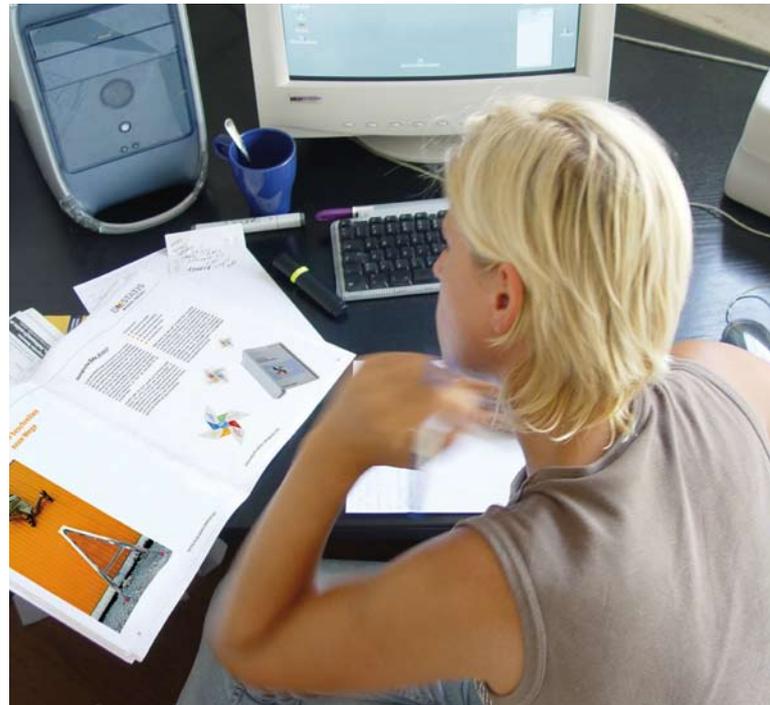
Auch die IT-Unterstützung für den Zensus wird neu organisiert: Insgesamt wurden sieben IT-Teilsysteme festgelegt, die jeweils von einem statistischen Amt entwickelt und anschließend für alle statistischen Ämter zentral bereitgestellt und betrieben werden. Das Statistische Bundesamt zeichnet für drei dieser IT-Teilsysteme (Anschriften- und Gebäuderegister, Metadaten, Melde- und Erwerbsdatenregister) verantwortlich, während die anderen vier Teilsysteme von den Statistischen Landesämtern Nordrhein-Westfalens (Stichproben und Erhebung in Sondergebäuden), Sachsens (Gebäude- und Wohnungszählung) und Bayerns (Haushaltestgenerierung und Auswertungsdatenbank) verantwortet werden.

Weiterentwicklung der Haushaltsstichproben zu einem konsistenten Gesamtsystem

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Zensus 2011 nach einem registergestützten Verfahren wird in Deutschland auch eine Weiterentwicklung bzw. eine Reform des derzeitigen Systems der amtlichen Haushaltsbefragungen diskutiert. Ziele des Ende 2006 gestarteten Projekts „Reform der Haushaltsstatistiken“ sind, das Berichtswesen durch eine Optimierung des Produktionsprozesses zukunftssicher zu machen, die Auskunftgebenden zu entlasten und vorhandene Informationen aus Registern oder anderen Statistiken möglichst weitgehend zu nutzen.

Im Rahmen der langfristigen Neukonzeption der Haushaltsstatistiken sollen auch eine Nutzung mehrerer Datenquellen (Multiple Source Design), der kombinierte Einsatz verschiedener Erhebungsinstrumente (Mix Mode Design) wie Fragebogen, Laptops, Telefoninterviews und die automatisierte Datenerhebung durch Online-Befragung über IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund), ein standardisierter Produktionsprozess und der Umstieg auf ein registergestütztes Statistiksysteem angedacht werden.

Wie beim Zensus 2011 soll eine Kommission das Projekt bis Ende 2013 wissenschaftlich begleiten.





Interview mit Wolfgang Glöckler, Geschäftsführer beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Wolfgang Glöckler ist seit 1971 im Statistischen Bundesamt, zuerst wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Finanzen und Steuern, ab 1973 stellvertretender Geschäftsführer und seit 2001 Geschäftsführer beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Herr Glöckler, Sie leiten die Verbindungsstelle des Statistischen Bundesamtes zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit wann gibt es den Rat der Wirtschaftsweisen, wie er in der Öffentlichkeit oft bezeichnet wird, und welchen Auftrag hat er?

Im Sommer 1963 wurde vom Deutschen Bundestag einstimmig das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SRW-Gesetz) verabschiedet, durch das ein Rat von unabhängigen Sachverständigen zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit ins Leben gerufen und das Statistische Bundesamt als Geschäftsstelle für den Sachverständigenrat bestimmt wurde.

Der Rat besteht aus fünf Mitgliedern, die auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten für die Dauer von fünf Jahren berufen werden. Er soll in seinen Gutachten (Jahresgutachten, Sondergutachten und neuerdings auch Expertisen) die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen und untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können; im Wesentlichen auch Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung aufzeigen. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung der Einkommen und Vermögen einbezogen werden.

Die Verbindungsstelle übernimmt für den Sachverständigenrat bestimmte Aufgaben. Um welche handelt es sich konkret?

Formal sind diese Aufgaben in § 9 des SRW-Gesetzes festgelegt und bestehen zum einen in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial („Statistikaufgaben“), das heißt in der Bereitstellung und Aufarbeitung aller statistischen Anforderungen des Rates, zum anderen in der Erledigung der anfallenden Verwaltungsaufgaben („administrative Aufgaben“), zu denen unter anderem auch der Druck und die Veröffentlichung der Gutachten sowie weite Teile der Pressearbeit für den Rat gehören. Die Verbindungsstelle ist somit die Schnittstelle zwischen Statistik und Sachverständigenrat. Als Ziel ihrer Arbeit sieht sie, mit Unterstützung aller Abteilungen des Statistischen Bundesamtes, dem Sachverständigenrat hier in Wiesbaden beste Arbeitsbedingungen bereitzustellen und optimale Ergebnisse zu liefern.

Welche amtlichen statistischen Daten sind für die Arbeiten des Rates unverzichtbar?

Als Basis der Konjunkturbeurteilung des Rates führt die Verbindungsstelle eine umfangreiche Konjunkturdatenbank, die täglich aktualisiert, bei Bedarf angepasst und in Auszügen auch auf der Homepage des Rates der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Hierbei sind Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine der wichtigsten Datenquellen. Aber auch die laufenden Ergebnisse aus der Industriestatistik (Auftragseingang und Produktion), aus den Statistiken zum Außenhandel und zum Binnenhandel, über Preise, Verdienste und öffentliche Finanzen, die Ergebnisse zum Bevölkerungsstand und aus den Bevölkerungsvorausberechnungen sowie die Statistiken zum Arbeitsmarkt (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit) sind wichtige Bestandteile. Einbezogen werden auch Ergebnisse der Deutschen Bundesbank, der Bundesagentur für Arbeit sowie für die internationalen Analysen des Rates in immer stärkerem Umfang die Daten internationaler Organisationen, wie der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Internationalen Währungsfonds. Neben dieser kontinuierlichen Datenaufbereitung und Datenbereitstellung bestimmten in den vergangenen Jahrzehnten auch weitergehende Themenschwerpunkte aus verschiedenen wirtschaftspolitischen Feldern die „Statistikaufgaben“ der Verbindungsstelle, beispielsweise aus der Finanzpolitik im Zusammenhang mit Fragen zur Staatsverschuldung, zur Einkommens- und Unternehmensbesteuerung, aus der Arbeitsmarktpolitik bedingt durch die verschiedenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt zur Verbesserung der Beschäftigungssituation oder aus dem Bereich des Systems der sozialen Sicherung, resultierend aus den Reformnotwendigkeiten bei der Altersvorsorge, der Krankenversicherung oder der Pflegeversicherung.

Gibt es von Seiten des Rates konkrete Anregungen oder Wünsche an die amtliche Statistik, um sie für die Zukunft tragfähig weiterzuentwickeln?

Zwei Statistikfelder möchte ich herausgreifen, für die der Sachverständigenrat eine umfassendere und aktuellere Datenbasis für erforderlich hält. Es ist dies erstens das Feld zur Beurteilung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zur Einschätzung der Gewinnsituation im Unternehmensbereich. Zweitens: Bezogen auf den Arbeitsmarkt wären dies zum einen weitergehende Daten zur Erwerbslosigkeit als eigenständige Quelle neben der Arbeitslosigkeitsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, zum anderen tiefer gegliederte Daten zu den Verdiensten über die gesamte Spannbreite der Einkommensverteilung.

Statistisches Bundesamt liefert Daten für Berichte der Bundesregierung

Seit vielen Jahren wirkt das Statistische Bundesamt an der Erstellung wichtiger Berichte der Bundesregierung über das Leben in Deutschland mit.

Im Jahr 2006 wurde es erstmals beauftragt, die statistische Auswertung und Beschreibung der Entwicklung einer Reihe von Einzelindikatoren im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung in Eigenregie zu übernehmen. Mit diesen Indikatoren sollen alle zwei Jahre die Erfolge der von der Bundesregierung im Jahr 2002 vorgelegten „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ gemessen und dokumentiert werden. Der im Mai 2007 erschienene Indikatorenbericht 2006 erhielt ein durchweg positives Echo. Die Indikatorenentwicklung wurde transparent und nachvollziehbar dargestellt und es wurde ohne „Schönfärberei“ gezeigt, dass die Entwicklungen in vielen Bereichen zu langsam voranschreiten, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Der Indikatorenbericht ist auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de abrufbar. Der nächste Indikatorenbericht wird Ende 2008 veröffentlicht. Zwischen den Berichten werden insbesondere die umweltbezogenen Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie zeitnah im Internet aktualisiert.

Auch der 2006 erschienene erste nationale Bildungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder wurde unter Beteiligung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erarbeitet. Für die Ausgabe 2008 dieses künftig alle zwei Jahre vorgesehenen Berichtes wurde das Schwerpunktthema „Übergänge: Schule – Berufsausbildung – Hochschule – Arbeitsmarkt“ gewählt. Neben den statistischen Ämtern sind – wie bei der ersten Ausgabe – das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Federführung), die Hochschul-Informationssystem GmbH, das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen und das Deutsche Jugendinstitut beteiligt. Für die Statistischen Landesämter hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Federführung

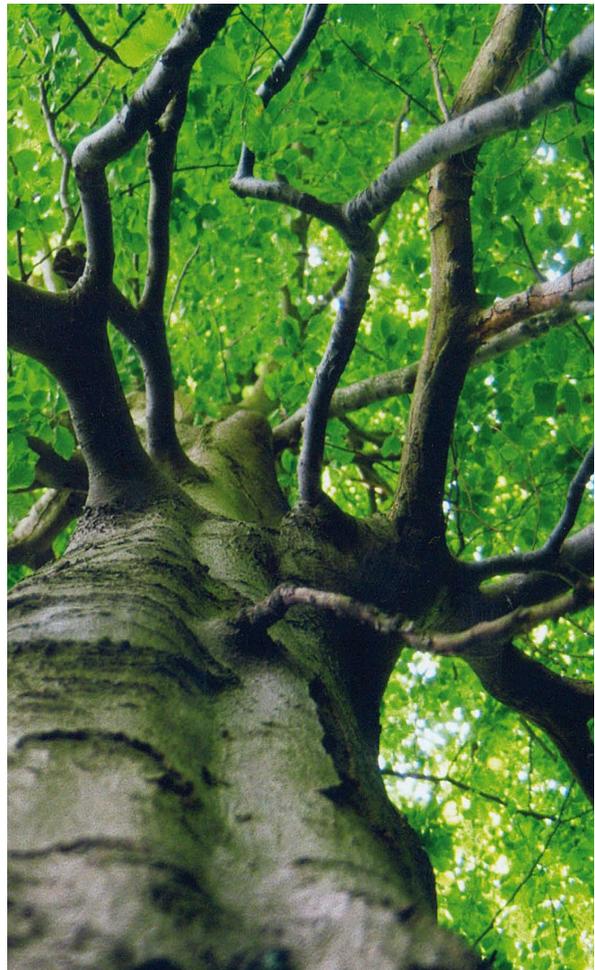


übernommen. Der Bildungsbericht 2008 wird sich weitgehend am Konzept des ersten Berichts orientieren und indikatorengestützte Informationen zu allen Bereichen des Bildungswesens – von Tageseinrichtungen für Kinder bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter – bereitstellen. Neu sind zum Beispiel Indikatoren zum Bildungspersonal. Das Statistische Bundesamt baut in diesem Zusammenhang eine Bildungspersonalrechnung auf, die Daten zu den in Einrichtungen des Bildungswesens Beschäftigten über die verschiedenen Bildungsbereiche hinweg nach einheitlichen Abgrenzungen und Gliederungen bereitstellen soll.

Zur Vorbereitung des dritten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, der im Frühjahr 2008 veröffentlicht werden soll, hat das Statistische Bundesamt dem federführenden Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein umfangreiches Datenangebot übermittelt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2007 zu den für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung relevanten Themen zahlreiche „Standarddaten“ an die für die Berichterstellung verantwortlichen Ressorts geliefert. Sie gingen oft mit einer Information und Beratung über die Hintergründe und Aussagefähigkeit der gelieferten

Daten einher. Ferner hat das Statistische Bundesamt im Zusammenhang mit der Armut- und Reichtumsberichterstattung eigene Gutachten bzw. Studien erstellt. Für den dritten Armut- und Reichtumsbericht wurde beispielsweise eine Studie zum Thema „Überschuldung privater Haushalte in Deutschland“ durchgeführt.

Die Alterssicherungssysteme stehen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels vor großen finanziellen Herausforderungen. Das trifft nicht nur für die gesetzliche Rentenversicherung, sondern auch für das öffentlich-rechtliche Versorgungssystem zu, aus dem eine steigende Zahl von Pensionären finanziert werden muss. Die Bundesregierung hat den Auftrag, den gesetzgebenden Körperschaften in jeder Legislaturperiode des Deutschen Bundestages einen Versorgungsbericht vorzulegen. Darin werden die Versorgungsleistungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dargestellt und analysiert. Für den vierten Versorgungsbericht im Jahr 2008 unter Federführung des Bundesministeriums des Innern liefert das Statistische Bundesamt mit der Personalstand- und der Versorgungsempfängerstatistik die wichtigste Datengrundlage für die Analyse der Versorgungsleistungen. Neben der Darstellung der bisherigen Entwicklung liegt der Schwerpunkt auf Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung der Zahl der Pensionäre und der Versorgungsausgaben. Die hierfür notwendigen Berechnungen werden vom Statistischen Bundesamt durchgeführt, die dabei zu treffenden Annahmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts abgestimmt.



Überschuldung – Menschen in finanziellen Schwierigkeiten



Überschuldung oder auch nur ein finanzieller Engpass lassen Menschen oft in eine Situation geraten, die gleichbedeutend mit Armut und Ausgrenzung ist. Über Personen in einer schwierigen finanziellen Situation, über die Ursachen für diese Misere, das Ausmaß der finanziellen Verpflichtungen und zu den Gläubigern lagen bisher nur spärliche und meist nicht bundesweit vergleichbare Angaben vor; eine Verbesserung der Datenlage war daher dringend geboten.

Da bei den Schuldnerberatungsstellen im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit Daten zur Situation der überschuldeten Personen anfallen, war es naheliegend, diese Informationen für die Statistik zu nutzen. Für das Jahr 2006 hat das Statistische Bundesamt zum ersten Mal eine freiwillige Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen durchgeführt, an der sich 124 der insgesamt 933 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder der Kommunen stehen, beteiligt haben. Für die Erhebung zum Stichtag 31. Dezember 2007 haben

sich schon doppelt so viele Beratungsstellen zur Teilnahme bereit erklärt. Den Ergebnissen für das Jahr 2006 liegen die Angaben von über 33 000 Personen zugrunde, die medienbruchfrei und belastungsarm mit dem Verfahren eSTATISTIK.core aus den Akten der Beratungsstellen gewonnen und an das Statistische Bundesamt übermittelt wurden.

Nach den Ergebnissen waren die beratenen Personen bei einem monatlichen Nettoeinkommen von durchschnittlich 1 150 Euro mit rund 37 000 Euro verschuldet. Knapp 60% verdienten sogar weniger als 900 Euro monatlich. Mehr als die Hälfte der in die Auswertung einbezogenen überschuldeten Personen war arbeitslos, wobei die Arbeitslosigkeit auch bei knapp einem Drittel Auslöser der finanziellen Schwierigkeiten war. Singlehaushalte waren mit 45% überdurchschnittlich häufig überschuldet, wobei deutlich mehr Männer als Frauen in diese Situation geraten waren. Alleinerziehende Frauen machten 14% aller überschuldeten Personen aus, obwohl sie nur 3% der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren repräsentieren. In 36% der Fälle waren Kinder von den Folgen einer Überschuldung betroffen. Mit Schulden haben vor allem Männer und Frauen zwischen 35 bis 45 Jahren zu kämpfen. Rund 30% von ihnen nahmen die Dienste einer Beratungsstelle in Anspruch, an der Bevölkerung über 18 Jahren hat diese Altersgruppe einen Anteil von 20%.

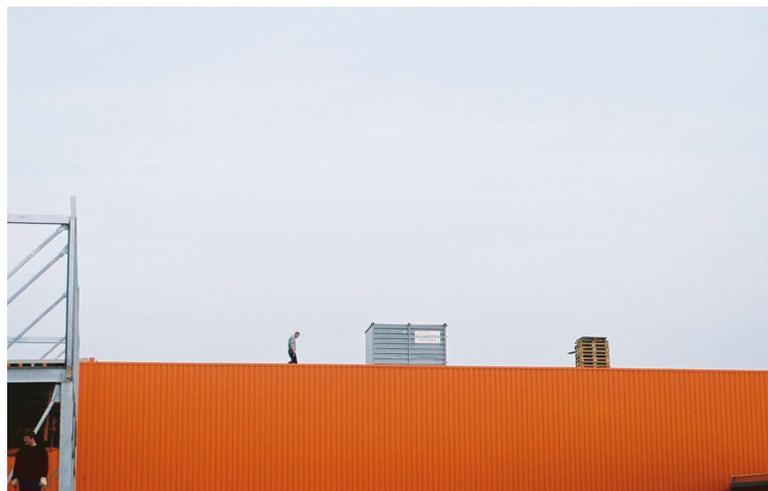
Die neue Statistik informiert nicht nur über die beratenen Personen, sie zeigt auch, mit welchem Ergebnis die Beratungen abgeschlossen wurden, und liefert Informationen zur Personalausstattung der Beratungsstellen.

Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten des Unternehmensregisters

Seit dem Jahr 2004 werden aus dem statistischen Unternehmensregister jährlich aktualisierte Strukturangaben, insbesondere zum Gesamtbestand an Unternehmen und Betrieben, veröffentlicht. Diese stichtagsbezogene Auswertung verfolgt das Ziel, möglichst aktuelle Aussagen zur Existenz von Unternehmen und Betrieben und zu deren Eigenschaften zu treffen.

Inzwischen wurde das Auswertungskonzept des Unternehmensregisters um eine berichtsjaehrbezogene Auswertung erweitert: So wurden zum Stand 31. Dezember 2007 alle Unternehmen und Betriebe ausgewertet, die im Berichtsjahr 2005 steuerbaren Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufwiesen, unabhängig davon, ob sie zum aktuellen Registerstand noch als wirtschaftlich aktiv gekennzeichnet waren oder nicht. Dieses Auswertungskonzept zielt auf eine Darstellung des Gesamtbestandes von Unternehmen und Betrieben in ähnlicher Form ab, wie dies bislang durch Großzählungen, wie beispielsweise die Arbeitsstättenzählung, erreicht wurde.

Je nach Fragestellung bietet das eine oder das andere Konzept aussagekräftigere Ergebnisse für den Nutzer. Fragen zum gesamten Unternehmensbestand, für das Jahr 2005 beispielsweise 3,5 Millionen Unternehmen, zielen auf eine berichtsjaehrbezogene Auswertung. Für die Ermittlung eines aktuellen Unternehmensbestandes, beispielsweise für Stichprobenziehungen, wird das Unternehmensregister stichtagsbezogen ausgewertet.



Unternehmen und Betriebe erfolgreich entlastet

■ Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk wurde bisher anhand der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung beobachtet, bei der bundesweit rund 41 000 Handwerksunternehmen nach ihrem Umsatz und ihren Beschäftigten befragt wurden.

Ab dem Berichtsjahr 2008 werden für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung nur noch unterjährige Verwaltungsdaten ausgewertet, sodass alle 41 000 Stichprobenunternehmen – in der Regel kleine bis mittlere Unternehmen – von ihrer statistischen Auskunftspflicht befreit werden. Damit wird erstmals eine statistische Erhebung bei Unternehmen vollständig durch die Auswertung von Verwaltungsdaten ersetzt. Bei den Verwaltungsdaten handelt es sich um Daten der Finanzverwaltungen aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen sowie Daten der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte aus den Meldungen zur Sozialversicherung. Zur Identifikation der Handwerksunternehmen wird das Unternehmensregister, in dem die Handwerkseigenschaft der Unternehmen gekennzeichnet ist, verwendet.

Weitere Entlastungen von Handwerksunternehmen sind geplant: So ist vorgesehen, Handwerkszählungen künftig durch Auswertungen der Verwaltungsdaten aus dem Unternehmensregister zu ersetzen. Bei der letzten Handwerkszählung im Jahr 1995 wurden 563 000 Unternehmen befragt.

■ Auch die Daten für den Umsatz- und den Beschäftigungsindex im Dienstleistungsbereich wurden bisher aus einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung gewonnen. Zur Entlastung der befragten Unternehmen war bereits seit längerem geplant, die benötigten Informationen ausschließlich Verwaltungsdaten der Oberfinanzdirektionen und der Bundesagentur für Arbeit zu entnehmen. Bei entsprechenden Tests ergaben sich jedoch zahlreiche Probleme bezüglich der Datenqualität, unter anderem durch unterschiedliche Definitionen der Merkmale und der Merkmalsträger und durch andere Meldefristen und Peri-



odizitäten. Eine Erstellung von Konjunkturindikatoren ausschließlich aus diesen Verwaltungsdaten war mit der erforderlichen Aktualität und Genauigkeit nicht möglich.

Abhilfe schafft ein seit dem zweiten Vierteljahr 2007 angewandtes Mixverfahren: Große Unternehmen, bei denen jedes allein schon einen bedeutenden Anteil am jeweiligen Ergebnis ausmacht, werden weiterhin direkt befragt. Für kleine und mittlere Unternehmen hingegen werden die benötigten Informationen aus Verwaltungsdaten gewonnen.

Mit dem Mixmodell erfolgt eine Abkehr von der input- zur outputorientierten Vorgehensweise: Hohe Einzeldatenqualität nur dort, wo es für das eigentliche Ergebnis erforderlich ist. Zugleich steigt die Genauigkeit der Ergebnisse insgesamt durch den Wechsel von der Stichprobenerhebung zur Vollerfassung aus mehreren Datenquellen.

Dieser Paradigmenwechsel ging mit einer grundlegenden Veränderung der Organisationsstruktur einher. Kompetenzen und Arbeitsgänge werden dort gebündelt, wo es fachlich und methodisch sinnvoll ist. Dies führt zu einer weiteren Qualitätsverbesserung insbesondere der Ergebnisse auf Landesebene.



■ Im Rahmen des ersten Mittelstandsentlastungsgesetzes wurden ab dem 1. Januar 2007 die Abschneidegrenzen beim Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe angehoben, sodass kleinere Industriebetriebe aus der monatlichen statistischen Berichtspflicht entlassen werden konnten. Die Vorschläge hierzu hatte die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ entwickelt.

Waren bis 2006 noch alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen monatlich zu befragen, sind ab Januar 2007 nur noch Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten berichtspflichtig. Auch zur monatlichen Produktionserhebung müssen künftig nur noch Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten melden.

Damit hat sich ab Januar 2007 die Anzahl der zum Monatsbericht meldenden Betriebe auf weniger als die Hälfte verringert: von mehr als 46 000 Betrieben im Jahr 2006 auf unter 23 000 ab Januar 2007. Dies führte aber nicht zu wesentlichen Einschränkungen in der Aussagefähigkeit der Ergebnisse. Die Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen repräsentieren hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten knapp 89% des alten Berichtskreises. Beim Umsatz ist der Abdeckungsgrad mit mehr als 93% noch höher. In

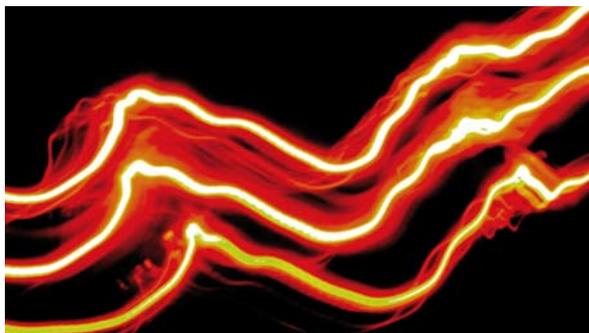
den drei umsatzstärksten Wirtschaftszweigen ist der eingetretene Informationsverlust besonders gering. Auch auf den Verlauf wichtiger Konjunkturindikatoren wie Umsatz- und Auftragseingangsindex hat die Erhöhung der Abschneidegrenze keine nennenswerten Auswirkungen.

Besonders hoch war der Entlastungseffekt in klein strukturierten Industriezweigen. So sind beispielsweise im Wirtschaftszweig „Gewinnung von Steinen und Erden“ statt früher mehr als 1 000 Betrieben nur noch 82 monatlich berichtspflichtig (knapp 8%).

Die aus der monatlichen Erhebung entlassenen Betriebe werden künftig nur noch jährlich zu einem eingeschränkten Merkmalskatalog befragt. Damit sind auch weiterhin die für regionale Strukturuntersuchungen benötigten Informationen verfügbar.

eSTATISTIK.integration – Einbindung der Statistik in elektronische Geschäfts- und Verwaltungsprozesse

Einen Schwerpunkt im neuen E-Government 2.0-Programm der Bundesregierung, das die Gesamtstrategie des Regierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovation“ weiter konkretisiert, nimmt die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmen ein. Durch das Projekt eSTATISTIK.integration sollen in diesem Rahmen weitere Komponenten zur Integration der Statistik in eBusiness- und XÖV-Prozesse entwickelt bzw. erweitert werden. Standards, Methoden und Anwendungen sollen die Verflechtung der Informationsflüsse elektronischer Geschäfts- und Verwaltungsprozesse mit den Prozessen der amtlichen Statistik ermöglichen.



Teil des Ausbaus im Programm E-Government 2.0 ist ein verstärktes Engagement des Bundes gemeinsam mit den Ländern bei der Umsetzung der Deutschland-Online-Vorhaben. Die amtliche Statistik arbeitet an folgenden Projekten mit:

Im Rahmen des Teilprojektes „Online-Statistik“ wird auf Basis der formulargestützten Online-Datenerhebung (IDEV) und des Verfahrens zur Gewinnung statistischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen (eSTATISTIK.core) ein flächendeckendes Angebot der elektronischen Datenerhebung in Bund und Ländern aufgebaut. Im Rahmen des Teilprojektes „Online Datengewinnung aus den Kommunen“ wird die Klärung der technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Integration der Statistik in elektronische Verwaltungsverfahren weitergeführt. Durch Schaffung gemeinsam definierter Standards können Bund, Länder und Kommunen effiziente Kommunikations- und Transaktionsstrukturen aufbauen. Die amtliche Statistik nimmt damit an den Vorhaben zur XML-Standardisierung in der Verwaltung (XÖV) aktiv teil und wird künftig statistische Daten durch Anbindung an die Datenaustauschverfahren der Fachverwaltungen von Kommunen und Ländern gewinnen.



In einem weiteren Teilprojekt ist die Erschließung des Datenaustauschs der Unternehmen untereinander und mit der öffentlichen Verwaltung (XBRL, Financial Reporting) geplant. Für die amtliche Statistik böte der Zugang zu solchen Informationen eine weitere Möglichkeit, Mikrodaten zeitnah und qualitätsgesichert zu gewinnen.

Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland

Ausgewählte Aspekte der Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland wurden vom Statistischen Bundesamt und der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) untersucht und die Ergebnisse auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18. September 2007 in Berlin präsentiert.

Mithilfe von Verfahren der Input-Output-Analyse konnte das Statistische Bundesamt nachweisen, dass der expandierende deutsche Außenhandel der Beschäftigung im Zeitraum von 1995 bis 2006 einen kräftigen Impuls gab: 8,9 Millionen Erwerbstätige in Deutschland waren 2006 direkt oder indirekt vom Export abhängig. Das waren fast 23% aller Erwerbstätigen. 1995 waren nur etwa 15% der Erwerbstätigen direkt oder indirekt an der Produktion von Waren und Dienstleistungen für den Export beteiligt. Der Export von Waren schafft heute auch bei den Dienstleistern immer mehr Arbeitsplätze. Am Export von Autos, Maschinen und chemischen Erzeugnissen – diese drei Waren decken allein bereits mehr als ein Drittel des deutschen Exports ab – waren 1,4 Millionen Erwerbstätige in Dienstleistungsbereichen wie Transport- und Finanzdienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen und Handel beteiligt.

In einem weiteren Analysebeispiel wurden die Wirkungen der starken Importpreiserhöhungen von Erdöl und Erdgas um 40% sowie von Mineralölerzeugnissen um 36% – jeweils 2005 gegenüber 2004 – auf die deutsche Wirtschaft untersucht. Hätte es diese Preiserhöhungen nicht gegeben, wären etwa die Preise von Gütern, welche die privaten Haushalte konsumierten, um 0,8%, die wertmäßige Entwicklung der Güter des Staatskonsums um 0,3% und die Preise für Bauinvestitionen um 0,5% niedriger gewesen.

Von der GWS wurden die direkten und indirekten Wirkungen eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft in zwei Projektionsrechnungen bis zum Jahr 2010 dargestellt.



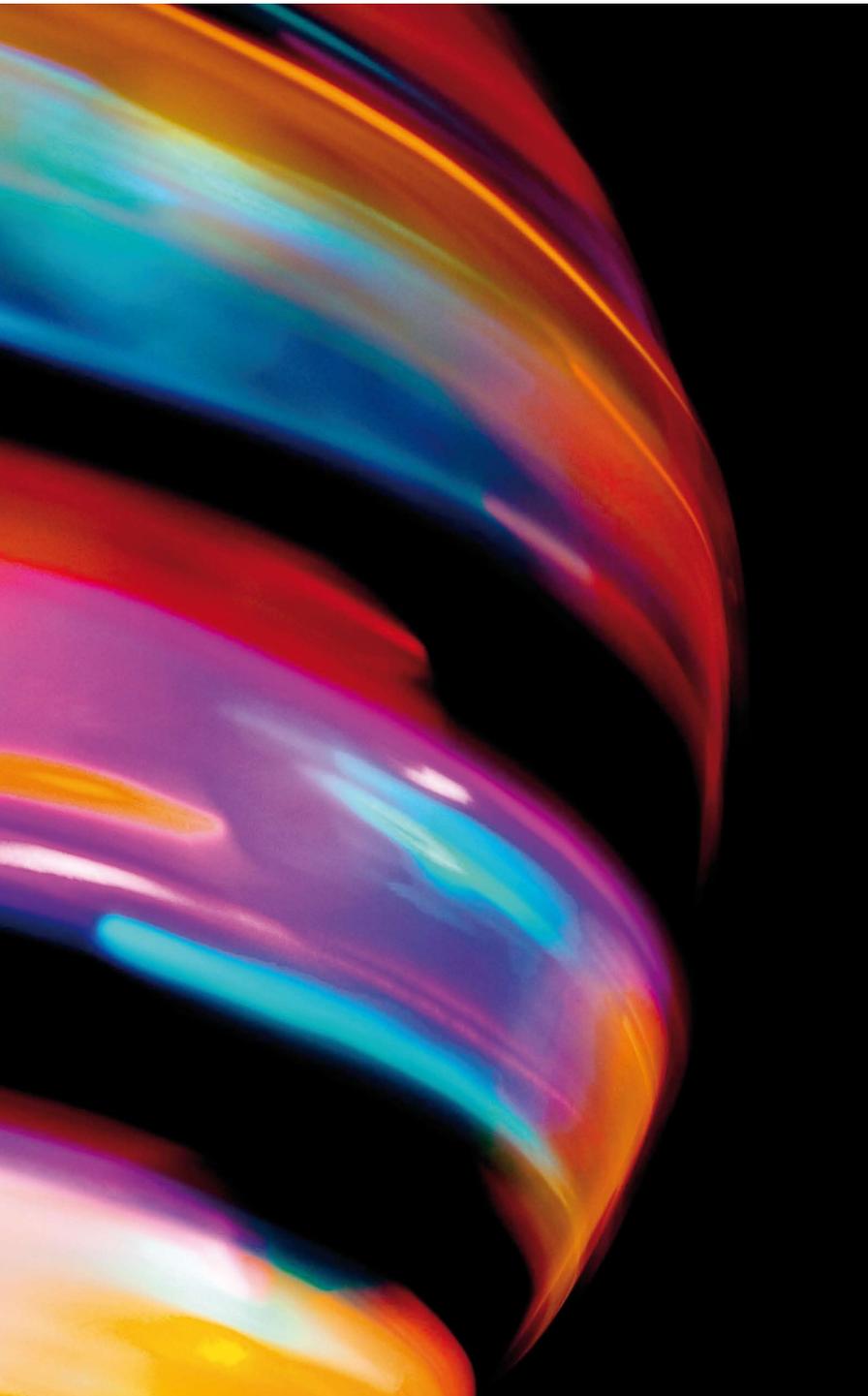
Neue Statistik über Wasser- und Abwasserentgelte

Wie hoch ist der durchschnittliche Preis für Trinkwasser in Deutschland? Welche Anteile entfallen dabei auf die variablen Kosten des Trinkwasserbezugs und auf eine monatliche Grundgebühr? Aus welchen Bestandteilen setzt sich in Deutschland die Abwassergebühr zusammen und wie hoch sind die Kosten der Abwasserbeseitigung insgesamt? Mit der neuen Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte verfügt die amtliche Umweltstatistik nun über ein Instrument zur Beantwortung dieser häufig gestellten Fragen.

Die gewonnenen Daten dienen als politische Entscheidungshilfe für Maßnahmen zum Gewässerschutz und zur Weiterentwicklung von Wasserversorgungs- und Abwassersystemen. Im Vordergrund stehen hierbei Analysen zu den Entgelten und Kosten der Wassernutzung und damit verbunden Überlegungen zum effizienten Einsatz der Wasserressourcen. Gleichzeitig spielen diese ökonomischen Analysen eine zentrale Rolle bei der nationalen Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union.

Die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte wird ab dem Berichtsjahr 2007 alle drei Jahre von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Merkmale der Erhebung im Bereich der Wassergewinnung sind der Verbrauchspreis je m^3 Wasser sowie das haushaltsübliche verbrauchsunabhängige Entgelt je Monat bezogen auf die haushaltsübliche Zählergröße bzw. Jahresverbrauchsklasse, die sogenannte Grundgebühr. Bei der Abwasserbeseitigung werden im Wesentlichen das Abwasser- oder Schmutzwasserentgelt je m^3 bezogen auf den Frischwasserbezug, ein flächenbezogenes Schmutzwasserentgelt je m^2 bzw. ein Niederschlags- oder Oberflächenwasserentgelt je m^2 versiegelter oder sonstiger Fläche sowie die haushaltsübliche mengen- und flächenunabhängige Grundgebühr pro Jahr erhoben.



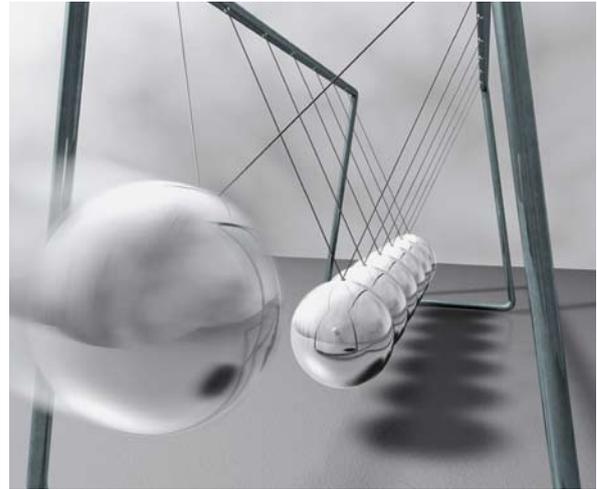


Modernisierung der amtlichen Statistik

Statistischer Beirat empfiehlt besseren Zugang der Statistik zu Verwaltungsregistern

Mit seinen Empfehlungen gibt der Statistische Beirat – das Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik – der Bundesstatistik wichtige Impulse. Einige der Empfehlungen, die der Statistische Beirat zu Beginn der laufenden Legislaturperiode ausgesprochen hatte, hat die amtliche Statistik im Jahr 2007 umgesetzt: So wird die Statistik der Baufertigstellungen seit dem Berichtsjahr 2007 nur noch jährlich statt monatlich erhoben, die Statistik der Kindertagesbetreuung wurde erweitert und ebenfalls auf jährliche Periodizität umgestellt. Auch die Ergebnisse der vom Statistischen Beirat empfohlenen Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ konnte das Statistische Bundesamt Ende 2007 vorstellen. Nicht zuletzt schreitet die Vorbereitung des Zensus 2011 schnell voran, womit die amtliche Statistik einer zentralen Empfehlung des Beirates nachkommt.

Bei seiner 54. Tagung am 26. Juni 2007 befasste sich der Statistische Beirat besonders mit der Möglichkeit, Bürger und Unternehmen von Informationspflichten zu entlasten, indem die amtliche Statistik Verwaltungsdaten nutzt, anstatt Daten direkt zu erheben. So könnte zum Beispiel die einheitliche Wirtschaftsnummer, welche die Finanzverwaltung derzeit einführt, dazu beitragen, dass Mehrfachmeldungen entfallen und auf effiziente Weise aus bestehenden Meldepflichten Informationen gewonnen werden können: Alle Unternehmen in Deutschland („wirtschaftlich Tätige“ nach § 139a Abgabenordnung) erhalten eine Nummer, unter der sie in verschiedenen Registern (Steuerverwaltung, Arbeitsverwaltung, Statistik) identifizierbar sind.



Ob sich Verwaltungsdaten als Ersatz für Erhebungen eignen, hängt von mehreren Kriterien ab: den Qualitätsanforderungen einer Statistik, den Unternehmensstrukturen im untersuchten Bereich und der Qualität der Verwaltungsdaten selbst. Je nach Konstellation können dieselben Quellen geeignet oder ungeeignet sein. Das lässt sich in der Praxis erst nach aufwendigen Untersuchungen herausfinden. Für solche Untersuchungen ist zumindest ein probeweiser Zugang der Statistik zu Verwaltungsdaten nötig.

Folglich sprach sich der Statistische Beirat dafür aus, die amtliche Statistik, unter Einbezug unabhängiger wissenschaftlicher Kompetenz, frühzeitig einzubinden, wenn die Verwaltung entsprechende Register aufbaut. Die Belange der amtlichen Statistik seien bei der Gestaltung von Verwaltungsregistern, die für die amtliche Statistik relevant sein könnten, stärker zu berücksichtigen.

Steuerstatistik sicherte sich den Innovationspreis 2007

Der Innovationspreis des Statistischen Bundesamtes ging im Jahr 2007 an das Arbeitsteam „Paneldaten der Steuerstatistik“. Die Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirats honorierte mit dieser Entscheidung, dass das Team in den Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken neue Maßstäbe im Hinblick auf das Angebot an Längsschnittdaten gesetzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Steigerung des Nutzwertes amtlicher Daten geleistet hat. Paneldaten sind für Politik und Wissenschaft von großer Bedeutung, da Anpassungsreaktionen auf steuerrechtliche Änderungen und andere sozioökonomische Fragestellungen nur auf der Basis amtlicher Längsschnittdaten untersucht werden können.

Der Innovationspreis wurde vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes anlässlich der Jahrestagung des Statistischen Beirats verliehen.



Präsident Radermacher (l.), Prof. Dr. Wagner (r.) mit den Preisträgern des Innovationspreises 2007.

Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken ...

Die Ergebnisse der Steuerstatistiken sind eine unverzichtbare Informationsgrundlage für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Öffentlichkeit. Mit der Berechnung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer zum Beispiel sind zugleich finanzpolitische Aufgaben integriert. Für notwendige Reformen des Steuerrechts, für finanzpolitische Planungen und Entscheidungen sowie die entsprechenden Modellrechnungen werden zeitnahe und zuverlässige Informationen benötigt. Da sich der Bedarf an steuerstatistischen Daten, sowohl was Quantität und Qualität dieser Daten als auch deren Aktualität anbetrifft, stark verändert hat, soll das Gesamtsystem der Steuerstatistiken – bestehend aus Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer sowie der Erbschaft- und Schenkungsteuer als Einzelsteuern – novelliert werden.

Dabei sollen mögliche Synergieeffekte genutzt und insbesondere folgende Ziele erreicht werden:

- die Verbesserung der Aktualität durch jährliche Steuerstatistiken,
- die Gewährleistung der erforderlichen Qualität und Zuverlässigkeit,
- die Schaffung einer einheitlichen plausiblen Datenbasis sowie
- eine auf die Nutzeranforderungen ausgerichtete, schnelle und flexible Bereitstellung der Informationen unter Berücksichtigung der Geheimhaltung .

Durch eine Aufbereitung und Auswertung nach dem Konzept der zentralen Produktion und Datenhaltung und ausschließlich elektronisch gelieferte Daten sollen diese Ziele möglichst kostenneutral erreicht werden.

... und neue Anforderungen an die Statistiken der öffentlichen Finanzen

In der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland mit ihren weitgehend autonomen öffentlichen Haushalten haben die Finanzstatistiken die wichtige Aufgabe, ein in sich konsistentes und detailliertes Gesamtbild über die Finanzen des Staates zu erstellen. Diese Aufgabe wird derzeit dadurch erschwert, dass die öffentlichen Haushalte nur sukzessive auf neue doppische Rechnungssysteme übergeführt und öffentliche Einrichtungen verstärkt aus den Kernhaushalten von Bund und Ländern ausgegliedert werden.

Föderalismuskommission und Finanzministerkonferenz haben im Jahr 2007 die hohe Bedeutung belastbarer und zwischen den Ländern vergleichbarer Datengrundlagen zur Situation der öffentlichen Finanzen bekräftigt; die Finanzministerkonferenz hat folgende konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Daten vorgeschlagen:

- einheitliche Anwendung der Haushaltssystematik durch Bund, Länder und Gemeinden,
- Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Zusammenführung der Daten aus doppischen und kammal- und Kommunalhaushalten,
- Integration der öffentlichen Kernhaushalte mit den Finanzen ausgegliederter öffentlicher Einrichtungen zu einem Gesamtbild,
- verstärkte Qualitätskontrollen durch die statistischen Ämter,
- Beschleunigung der Jahresrechnungsstatistiken aller öffentlichen Ebenen.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder arbeiten an einem Umsetzungskonzept für konkrete Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung der kommunalen Jahresrechnungsstatistik und der Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, das im Frühjahr 2008 der Finanzministerkonferenz vorgelegt werden wird.

Neukonzeption der Agrarstatistiken ab 2009/2010

Mit der Neukonzeption der Agrarstatistiken reagiert die amtliche Statistik auf die sich – infolge der Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und der zunehmenden Bedeutung des Klimaschutzes – ändernden Informationsbedürfnisse.

Ziel ist es, beginnend mit der Landwirtschaftszählung 2010 und der voraussichtlich ebenfalls im Jahr 2010 stattfindenden Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, das agrarstatistische System so weiterzuentwickeln, dass die für politische Entscheidungen sowie für die Marktbeobachtung in der nächsten Dekade erforderlichen Daten termingerecht und mit möglichst hoher Qualität bereitgestellt werden. Zudem sind noch vorhandene Datenlücken bei gleichzeitiger Entlastung der Auskunftspflichtigen und einer Verringerung des Aufwands in den statistischen Ämtern zu schließen.

Die auf europäischer Ebene vorangetriebene Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik führt zu einer zunehmenden Bedeutung umwelt- und sozialpolitischer Aspekte in der Landwirtschaft. Daraus resultieren neue Datenanforderungen über die Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für Landwirte, die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, die Umweltwirkungen der angewandten Produktionsmethoden und die Entwicklung der ländlichen Regionen. Daneben sind die Merkmale des bisherigen agrarstatistischen Programms über die landwirtschaftliche Produktion und die Betriebsstrukturen im Wesentlichen auch weiterhin bereitzustellen.



Es wird geprüft, in welchem Umfang die auskunftspflichtigen landwirtschaftlichen Betriebe (sei es durch Reduzierung der Berichtskreise, verstärkten Einsatz von Stichproben oder verstärkte Nutzung geeigneter Registerdaten) ohne größere Informationsverluste entlastet werden können. Darüber hinaus sollen verlängerte Periodizitäten zwischen den Agrarstrukturerhebungen ebenfalls zur Entlastung von statistischen Auskunftspflichten beitragen.

Das Gesamtkonzept für die Landwirtschaftszählung 2010 und die Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden soll bis Ende 2009 realisiert werden. Anpassungen in den Statistiken zur pflanzlichen und tierischen Produktion werden folgen.



Modernisierung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistiken

Die Statistiken im Binnenhandel und Gastgewerbe informieren sowohl über Struktur als auch über die konjunkturelle Entwicklung in diesen bedeutenden Wirtschaftsbereichen. Der Einzelhandelsumsatz ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums in Deutschland. Die Modernisierung dieser Unternehmensstatistiken soll:

- **die Repräsentativität durch Berücksichtigung von Neuzugängen steigern**

Handel und Gastgewerbe sind dynamische Wirtschaftsbereiche. Die hier tätigen Unternehmen verändern häufig ihre Geschäftsfelder und versuchen durch Innovationen zusätzliche Kunden zu gewinnen. Seit dem Jahr 2003 dient das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehungen. Die darin enthaltenen Informationen über Neuzugänge können mit einem vertretbaren Aufwand jährlich in die Stichprobe einbezogen werden. Gleichzeitig entfallen durch die Nutzung des Unternehmensregisters aufwendige Totalerhebungen

zur Ermittlung der Grundgesamtheit von Unternehmen in Handel und Gastgewerbe.

- **die Datenqualität verbessern**

An die Aktualität der Konjunkturstatistik im Einzelhandel werden hohe Anforderungen gestellt. Da nicht immer alle auskunftgebenden Unternehmen ihre Angaben rechtzeitig liefern, müssen fehlende Angaben geschätzt werden. Neu entwickelte leistungsfähigere Methoden zur Schätzung fehlender Unternehmensangaben sollen die Zuverlässigkeit der Konjunkturstatistiken ab 2008 weiter verbessern.

- **die auskunftgebenden Unternehmen weiter entlasten**

Seit Mai 2007 zählen die monatlichen Konjunkturstatistiken im Binnenhandel und Gastgewerbe zu jenen Statistiken, bei denen eine Nutzung von Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen der Unternehmen über eSTATISTIK.core möglich ist. Die Unternehmen können damit quasi „per Knopfdruck“ ihre monatlichen Angaben zusammenstellen und über das Internet übermitteln. Das zeit- und kostenaufwendige Ausfüllen und Versenden von Papierfragebogen entfällt.

Vereinfachung der Intrahandelsstatistik

Die Statistik des Warenverkehrs mit den Mitgliedsländern der Europäischen Union (Intrahandelsstatistik) verursacht erheblichen Aufwand in Wirtschaft und Verwaltung. Rund 70 000 Firmen müssen derzeit monatlich ihren innergemeinschaftlichen Handel – getrennt nach Lieferichtung – in tiefer warensystematischer Gliederung in Kombination mit Partnerland und Bundesland melden. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführte Studie hat ergeben, dass mehr als 40 % des Meldeaufwands für amtliche Wirtschaftsstatistiken durch die Intrahandelsstatistik verursacht wird. In anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Angesichts dieser Fakten und vor dem Hintergrund der politischen Initiativen zum Bürokratieabbau ist es verständlich, dass national wie international intensiv über Möglichkeiten zur Entlastung der Auskunftspflichtigen nachgedacht wird. Aufgrund ihres hohen Entlastungspotenzials stehen derzeit zwei Optionen im Mittelpunkt der Überlegungen. Als kurzfristige Maßnahme wird eine weitere Erhöhung der Anmeldeschwelle erwogen. Bereits heute sind in Deutschland 87 % der rund 530 000 im innergemeinschaftlichen Handel tätigen Unternehmen von der Auskunftspflicht befreit. Eine Verdopplung der Meldeschwelle könnte die Zahl der meldepflichtigen Unternehmen noch einmal um 30 % reduzieren. Als langfristige Alternative wird das sogenannte „Einstromverfahren“ erwogen, bei dem nur eine Lieferichtung erhoben wird, während die andere aus den spiegelbildlichen Ergebnissen der EU-Partnerländer abgeleitet wird. Es setzt jedoch voraus, dass die Erhebungs- und Aufbereitungssysteme der Mitgliedstaaten vollständig harmonisiert sind.

Zur Entlastung der Meldepflichtigen könnten auch eine Reduzierung der Warengliederung sowie der Verzicht auf fakultative Erhebungsmerkmale beitragen. Darüber hinaus könnten die Warenlieferanten verpflichtet werden, dem Empfänger die Warenkodierung mitzuteilen.

Die Zukunftsfähigkeit des Systems der Intrahandelsstatistik kann aber nicht allein durch solche Rationalisierungsmaßnahmen gesichert werden. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, wie die Asymmetrien zwischen den Spiegelbilddaten der Mitgliedstaaten beweisen. Das Statistische Bundesamt arbeitet derzeit an verschiedenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie

- dem weiteren Ausbau der Eingangskontrollen,
- der Modernisierung der Plausibilitätsprüfungen (Anwendung selektiver und outputorientierter Verfahren),
- verbesserten Zuschätzverfahren sowie
- zeitnahen Ergebnisrevisionen.

Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten

Die duale Ausbildung ist eine Besonderheit des deutschen Bildungswesens. Der Abschluss einer beruflichen Ausbildung im dualen System ist für Jugendliche, die keine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung absolvieren, in der Regel eine Grundvoraussetzung, um einen Arbeitsplatz zu finden.

Angaben über die Berufsausbildung im dualen System (Auszubildende, Fortbildung, Ausbildungspersonal) werden in der Berufsbildungsstatistik bei den zuständigen Stellen bzw. Kammern ermittelt. Das Berufsbildungsreformgesetz vom 23. März 2005 ermöglicht es, erstmals für das Jahr 2007 Einzeldaten anstelle der bisherigen aggregierten Daten zu erheben. Angaben zu den etwa 1,6 Millionen Auszubildenden liegen bei den großen Kammern in elektronischer Form vor. Die kleineren Kammern haben die Möglichkeit, ihre Meldungen auf elektronischem Wege über Erhebungsmasken (IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund) oder mit Hilfe einer Anwenderdatenbank vorzunehmen. Letztere wurde speziell für die Berufsbildungsstatistik konzipiert und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert, um die Umstellung für die Auskunftspflichtigen zu erleichtern.

Die Umstellung auf Individualdaten erweitert die Auswertungsmöglichkeiten deutlich, weil sich die Erhebungsmerkmale beliebig kombinieren lassen und so beispielsweise der Zusammenhang von schulischer Vorbildung und Ausbildungserfolg für alle Auszubildenden sowie für deutsche bzw. ausländische Auszubildende untersucht werden kann.

Daneben verbessern neue Merkmale die Aussagefähigkeit der Statistik: Erstmals wurden Angaben zur Ausbildungsstätte erhoben (Wirtschaftszweig, Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst und Ausbildungsort), die auch eine tiefe regionale Gliederung der Ausbildungsdaten ermöglichen. Außerdem werden, nicht zuletzt für die internationale Bildungsstatistik, Angaben zur beruflichen Vorbildung erfragt.

Die Daten werden in anonymisierter Form über einen längeren Zeitraum gespeichert und können damit für Sonderauswertungen genutzt werden.



Online-Auswertung der Datenbank der Bundesagentur für Arbeit

Die Bereitstellung von Daten der Beschäftigtenstatistik wurde neu geregelt: Die statistischen Ämter können jetzt online auf eine Datenbank der Bundesagentur für Arbeit zugreifen und statistische Daten auswerten. Damit wurde ein neuer Weg beschritten, um die Nutzung von Verwaltungsdaten (im vorliegenden Fall etwa 28 Mill. Einzeldatensätze) für die amtliche Statistik unter Einsatz moderner IT-Verfahren rationell und effektiv zu gestalten.

Auf der Basis der Meldungen zur Sozialversicherung werden von der Bundesagentur für Arbeit Daten über voll sozialversicherungspflichtige und geringfügig entlohnte Beschäftigte in Form kleinster Aggregate in einer multidimensionalen Datenbank zentral ab dem Stichtag 30. Juni 1999 gespeichert und vierteljährlich fortgeschrieben. Mittels verschlüsselten und zertifizierten Zugriffs über das Internet können die statistischen Ämter aus vier Datenquadranten (nach Arbeitsort, Wohnort, Betriebsgrößenklassen und Pendlern) Ergebnisse erstellen.

Mit der zentralen, von der Bundesagentur für Arbeit geprüften Datenbasis und dem Einsatz einer leistungsstarken Auswertungssoftware wurden die Voraussetzungen geschaffen, um übereinstimmende Ergebnisse bei der Bundesagentur für Arbeit und den statistischen Ämtern zu gewährleisten. Die strukturierte Datenbank und eine

komfortable grafische Auswertungsoberfläche ermöglichen, dass das umfangreiche Datenmaterial der Beschäftigtenstatistik über mehrere Berichtsstichtage schnell, umfassend und flexibel ausgewertet werden kann. Innerhalb eines Datenwürfels können sämtliche Merkmale miteinander kombiniert und individuell in kürzester Zeit abgerufen werden.

Da Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik in zahlreichen statistischen Rechenwerken und Veröffentlichungen verwendet werden, ist für die vollständige Ablösung der bisherigen heterogenen Aufbereitungsverfahren ein Übergangszeitraum von mehreren Monaten vorgesehen. Nach dem vollständigen Umstieg auf das Online-Verfahren können die laufenden, kostenintensiven Aufbereitungen des Einzelmateriale und die Pflege der Verbundprogramme in den statistischen Ämtern entfallen.

Neue Ausgabe der Klassifikation der Wirtschaftszweige

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene internationale, europäische und nationale Wirtschaftsklassifikationen grundlegend revidiert. Dazu gehört auch die Klassifikation der Wirtschaftszweige, deren Ausgabe 2008 (WZ 2008) die derzeit verwandte Fassung aus dem Jahr 2003 (WZ 2003) ablösen wird. Mit dem Übergang zur WZ 2008 sind erhebliche methodische und strukturelle Änderungen verbunden.

Zu den methodischen Änderungen gegenüber der WZ 2003 gehören insbesondere Änderungen bei der Zuordnung von Unternehmen, in denen mehrere Produktionsstufen hintereinander durchlaufen werden, sowie eine geänderte Klassifizierung von Unternehmen, die die physische Produktion ausgelagert haben. Die strukturellen Änderungen schlagen sich unter anderem in einer deutlich stärkeren Differenzierung der Dienstleistungen nieder.



Der Übergang zur WZ 2008 bedarf der Koordination, sowohl zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als auch zwischen den einzelnen Statistiken. Nach den Vorgaben der EU wird die WZ 2008 ab dem Berichtsjahr 2008 für Strukturerhebungen und ab Berichtsmont Januar 2009 für Konjunkturerhebungen und für die Berechnung des Arbeitskostenindex angewendet. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll der Übergang auf die WZ 2008 im Jahr 2011 erfolgen.



Interview mit Peter Weigl, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Nach Abschluss seiner juristischen Ausbildung trat Peter Weigl 1989 in den Dienst des Bundesministeriums des Innern ein. Bevor er zum Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes berufen wurde, war er Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium Süd in München.

Herr Weigl, im März 2007 haben Sie das Amt des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes übernommen. Gibt es Aufgabenbereiche, die Ihnen aus früheren beruflichen Tätigkeiten bereits vertraut sind?

Berufliche Erfahrungen aus vorangegangenen Tätigkeiten haben mir die Einarbeitung in die amtliche Statistik erheblich erleichtert. So gibt es in jeder Behörde Parallelen in den Bereichen Personal und Verwaltung. Während meiner Zeit im Bundespolizeipräsidium in München habe ich Erfahrungen mit Sanierungsarbeiten und Baumaßnahmen gesammelt, die beim Thema „Gesamtsanierung“ im Statistischen Bundesamt ebenfalls von Nutzen sind.

Seit Ihrem Amtsantritt hatten Sie Gelegenheit, die amtliche Statistik in ihrer Vielfalt kennenzulernen. Haben sich Ihre Erwartungen an das neue Aufgabengebiet erfüllt?

Die Stellung des Statistischen Bundesamtes als führender und innovativer Informationsdienstleister in Deutschland kann ich aus heutiger Sicht nur bestätigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sich der Verantwortung bewusst, das Vertrauen in die amtliche Statistik durch Neutralität, Objektivität, wissenschaftliche Unabhängigkeit und Wahrung des Statistikgeheimnisses zu erhalten. Bei der Betrachtung der einzelnen Arbeitsgebiete hat mich die starke wirtschaftliche Prägung und die überwiegend internationale Ausrichtung und Verknüpfung vieler Statistiken doch etwas überrascht.

In der amtlichen Statistik hat das Statistikgeheimnis einen hohen Stellenwert. Gibt es aktuelle Beispiele, die dies belegen?

Das Landgericht Mannheim hat mit Beschluss vom 18. Juli 2007 ausdrücklich festgestellt, dass Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, ohne Zustimmung des Betroffenen in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nicht gegen den Betroffenen verwendet werden dürfen. Vorausgegangen war eine Beschlagnahme von Einzelangaben aus der Intrahandelsstatistik aufgrund eines richterlichen Beschlusses. Dagegen hat sich das Statistische Bundesamt im Wege der Beschwerde erfolgreich gewehrt. Die Bedeutung des Statistikgeheimnisses hat sich demnach bestätigt.

Zu den Führungsaufgaben des Amtes gehört auch die Verfolgung strategischer Ziele. Mit welchen thematischen Schwerpunkten haben Sie sich besonders beschäftigt?

Die mittel- und längerfristige strategische Ausrichtung des Amtes gliedert sich in verschiedene Aufgaben. Dazu gehören die Aktualisierung unserer strategischen Ziele „fit 2012“, die Fortentwicklung von Beschäftigtenprognosen, die Arbeitsteilung mit anderen Behörden und eine neue Kommunikations- und Verbreitungsstrategie. Die Entwicklung eines strukturierten Verfahrens zur Aufgabe von Statistiken, die nicht mehr zwingend gebraucht werden, um Kapazitäten für neue Aufgabenschwerpunkte zu schaffen, bedeutet weiter, negative Prioritäten benennen zu müssen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darüber hinaus auf der Vorbereitung und Durchführung der Europawahlen und der Wahlen zum Deutschen Bundestag im Jahr 2009.

Welchen Wunsch könnten Ihnen die Beschäftigten des Hauses erfüllen?

Notwendige Veränderungen als gute Investition in die Zukunft begreifen und aktiv an deren Gestaltung mitwirken.

Internationale Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes



Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik

Das erste Halbjahr 2007 stand für das Statistische Bundesamt im Zeichen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Von Januar bis Juni 2007 hatte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik. Für die Planung und Durchführung der Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe sowie die Koordinierung und Überarbeitung der Verordnungsentwürfe im Bereich Statistik auf europäischer Ebene war im Statistischen Bundesamt für die Zeit der Ratspräsidentschaft eine Geschäftsstelle eingerichtet worden.

Insgesamt lässt sich ein positives Fazit der deutschen Präsidentschaft im Bereich Statistik ziehen: So konnten mehrere wichtige Statistik-Verordnungen, wie zum Beispiel das neue Statistische Programm der Gemeinschaft für die Jahre 2008 bis 2012 und die Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Migration und internationalen Schutz, verabschiedet werden. Darüber hinaus wurden unter deutschem Vorsitz unter anderem der Verordnungsentwurf für die geplante EU-weite Zensusrunde 2010/2011 diskutiert sowie ein neuer Standardartikel zur Qualität entwickelt, der in alle zukünftigen Statistikverordnungen aufgenommen werden soll.



Im ersten Halbjahr 2007 wurden insgesamt 22 statistische Gesetzesvorhaben der EU betreut und ihre Verabschiedung durch den Rat und das Europäische Parlament vorangetrieben. 13 dieser Rechtsakte wurden unter deutschem Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik verhandelt, die anderen mit dem Europäischen Parlament und den Juristen und Linguisten der Institutionen beraten.

Informationen zu den unter deutschem Vorsitz beratenen Statistik-Rechtsakten auf europäischer Ebene enthält ein Abschlussbericht, der im Internet unter www.destatis.de/EU2007 abrufbar ist.

Das Statistische Bundesamt arbeitet im Rahmen der erstmals ins Leben gerufenen „Triopräsidentschaft“ weiterhin eng mit der portugiesischen und slowenischen Präsidentschaft (erstes Halbjahr 2008) zusammen.



Präsident Walter Radermacher und das Präsidentschaftsteam des Statistischen Bundesamtes.

Aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene

Nicht zuletzt bedingt durch den Krakauer Aktionsplan hat sich das Europäische Statistische System ehrgeizige Ziele für seine Modernisierung und Weiterentwicklung gesetzt. Dies hat auch Einfluss auf die gesetzlichen Grundlagen der europäischen Statistik. Das Statistische Bundesamt konnte diese Entwicklungen vor allem im Rahmen der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 maßgeblich begleiten.

Revision des europäischen Statistikgesetzes

Auf Basis der Vorüberlegungen einer Task Force zur Modernisierung des europäischen Statistikgesetzes, in der auch das Statistische Bundesamt mitgearbeitet hat, hat die EU-Kommission einen Entwurf für eine revidierte Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken erstellt und ihn Mitte Oktober 2007 an Rat und Europäisches Parlament übermittelt.

Mit der neuen Verordnung werden erstmals auch das „Europäische Statistische System (ESS)“ und die „Europäische Statistik“ gesetzlich verankert. Ferner werden die Aufgaben und Kompetenzen der Partner des ESS geregelt. Eine stärkere Arbeitsteilung im ESS soll gefördert und ein geeigneter finanzieller Rahmen geschaffen werden. Neben einer Definition der Grundprinzipien und Qualitätsdimensionen der statistischen Arbeit werden Qualitätsreports vorgeschrieben und die Festlegung von Qualitätskriterien möglich gemacht.

Die Beratungen des Rechtsaktes werden zurzeit auf Ebene der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ und des Europäischen Parlamentes fortgeführt.

Statistisches Mehrjahresprogramm 2008 bis 2012

Das ESS wird sich, wie das Mehrjahresprogramm für den Zeitraum 2008 bis 2012 zeigt, zahlreichen neuen Anforderungen in den verschiedenen Fachbereichen stellen müssen. Zum Teil haben diese Anforderungen bereits in neuen oder kurz vor der Verabschiedung stehenden europäischen Rechtsverordnungen ihren Niederschlag gefunden.

Vor diesem Hintergrund ist eine ausgewogene Prioritätensetzung, die den aktuellen Belangen der Nutzer Rechnung trägt, immer wichtiger. Hier konnte Deutschland in der Zeit seiner Ratspräsidentschaft maßgebliche Akzente setzen: Alle Arbeitsbereiche des Mehrjahresprogramms werden bis 2012 einer Kosten-Wirksamkeitsanalyse unterzogen, ebenso neue Statistikprojekte. Somit sind die Weichen für eine künftig bessere Programmplanung auf europäischer Ebene – vor allem mit Blick auf die nach 2012 folgenden Planungsperioden – gestellt.

Weitere wichtige Eckpunkte des neuen Mehrjahresprogramms sind:

- eine angemessene Kostenverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten,
- die Vereinfachung des bisherigen Beihilfeverfahrens der Kommission,
- eine stärkere Arbeitsteilung zwischen den statistischen Ämtern in Europa (z. B. in Form von Kompetenzzentren, genannt ESSNet),
- die Erfüllung neuen Datenbedarfs so weit wie möglich aus vorhandenen Daten,
- eine Vereinfachung des INTRASTAT-Systems,
- eine weitere Verbesserung der Bereitstellung von Mikrodaten an die Wissenschaft.

Umsetzung des Verhaltenskodex Europäische Statistiken

Der Verhaltenskodex Europäische Statistiken soll gewährleisten, dass Produktion und Verbreitung der amtlichen Statistik in allen 27 Mitgliedstaaten und beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) frei von politischer Einflussnahme und nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren erfolgen. Seine Einhaltung erfolgt durch eine Reihe von Maßnahmen, zu denen neben Selbstbewertungen der statistischen Ämter auch gegenseitige Überprüfungen durch Fachleute – sogenannte Peer Reviews – gehören. Die Ergebnisse fließen in einen Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex im Europäischen Statistischen System (ESS) ein, der dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister im November 2008 vorgelegt werden soll.

In der derzeitigen Phase der Arbeiten müssen sich Eurostat und die statistischen Ämter des ESS Überprüfungen durch externe Fachleute stellen. Diese sogenannten Peer Reviews werden von zwei bis drei Fachleuten aus anderen nationalen statistischen Ämtern und von Eurostat durchgeführt. Die Einhaltung des Verhaltenskodex wird dabei in persönlichen Gesprächen mit Führungskräften und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des jeweiligen statistischen Amtes, mit Nutzern und ggf. auch mit Führungskräften weiterer Produzenten



europäischer Statistiken aus dem jeweiligen Land überprüft. Zunächst beziehen sich die Peer Reviews nur auf die Grundsätze des Verhaltenskodex, die den institutionellen Rahmen und die Verbreitung der europäischen Statistiken betreffen.

Anfang 2008 werden die Peer Reviews für alle EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen sein. Deutschland war vom 3. bis 5. Dezember 2007 an der Reihe. Ein Ergebnisbericht wird im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung stehen.



Interview mit Hervé Carré, Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat)

Hervé Carré ist seit Mai 2006 Generaldirektor von Eurostat. 1973 trat er der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission bei. 1991 wurde er zum Federal Reserve Board nach Washington D.C. versetzt, 1992 bis 1993 war er als Berater für den Finanzminister der portugiesischen Regierung tätig. Er kehrte 1994 als Direktor für Finanzen zur Europäischen Kommission zurück und wurde 1999 Direktor für Wirtschaft und das Eurogebiet der EU. Von 2002 bis September 2005 war er Minister für Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungsangelegenheiten bei der Delegation der Europäischen Kommission in Washington D.C., danach kehrte er als stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen nach Brüssel zurück.

Was ist Ihre Vision für das Europäische Statistische System (ESS), wo sehen Sie es in zehn Jahren?

Was in den nächsten fünf Jahren passieren soll, haben wir gerade in unserem Statistischem Programm für 2008 bis 2012 niedergelegt. Darüber hinaus hängt viel davon ab, wie sich die Europäische Union politisch weiterentwickeln wird. Das ESS ist zurzeit immer noch sehr stark auf die Bedürfnisse der europäischen Politik ausgerichtet. Wie sich die nationale Statistik immer mehr europäisiert hat, muss sich auch die Rolle der europäischen Statistik ändern. Sie wird den umfassenderen Auftrag erhalten, zu einem besseren Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa beizutragen, also nicht nur Grundlagen für wirtschaftliche Entscheidungen bereitzustellen, sondern eine Vielzahl gesellschaftsrelevanter Statistiken zugänglich zu machen, damit die politischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen sachgerecht, transparent und partizipativ, kurz demokratisch ablaufen können und so auch ein umfassender europäischer Diskursraum entstehen kann.

Diesen „globalvisionären“ Bemerkungen möchte ich noch einiges Konkretes hinzufügen. Wir haben in den letzten Jahren – gefördert durch die technologische Entwicklung, die gemeinsame Aufgabenstellung und die gemeinsamen gesetzlichen Grundlagen – eine zunehmende Konvergenz der Nationalen Statistischen Ämter (NSÄ) im operativen Geschäft feststellen können. Dies dürfte in den nächsten Jahren zu einer verstärkten grenzüberschreitenden operativen Integration der amtlichen Statistik führen, nicht in dem Sinne, dass es zu einer Fusionswelle bei den NSÄ kommen wird, aber vielleicht zu einer Spezialisierung und eventuell auch einer Fusion von Sparten. Hier hoffe ich auf einen besonderen Beitrag der deutschen amtlichen Statistik, nämlich dass sie – und damit spreche ich sowohl das Statistische Bundesamt als auch die Statistischen Landesämter an – ihre diesbezüglichen Erfahrungen in den nächsten Jahren in die europäische Diskussion einbringt.

Nachdem fast alle Peer Reviews durchgeführt worden sind, welchen Eindruck haben Sie vom Ergebnis und wie kann das ESS als Ganzes davon profitieren?

In den letzten Jahren mussten wir erkennen, dass die amtliche Statistik ihren Anspruch auf Autorität und Glaubwürdigkeit nicht allein durch nationale Maßnahmen sicherstellen kann, nicht nur, weil die nationale Statistik heute global genutzt wird, sondern auch, weil sie ein Teil des ESS ist. Wir machen inzwischen so vieles gemeinsam, dass wir gut daran tun, uns stärker für unsere Partner zu interessieren, dafür wie sie organisiert, operativ aufgestellt und politisch oder gesellschaftlich eingebunden sind. In den Peer Reviews findet genau dies seinen Ausdruck.

Im Unterschied zu den bisherigen partiellen Reviews durch interne Revisoren, durch Dienstaufsichtsbehörden, Rechnungshöfe oder wie in letzter Zeit vermehrt durch Beratungsunternehmen, gelingt es uns mit den Peer Reviews, das ganze amt-

liche statistische System in den Blick zu nehmen. Wir sehen unsere eigene Institution durch die Augen unserer Kollegen aus den Partnerinstitutionen. Das ist meiner Ansicht nach besonders fruchtbar und alles, was ich bis jetzt über die Peer Reviews gehört habe, scheint meine Ansicht zu bestätigen.

Jeder weiß jetzt mehr über seine eigenen Stärken und Schwächen, aber auch über die seiner Partner, darin liegt der Unterschied zu selbst kritischsten Selbstbeurteilungen. Die Peer Reviews versetzen uns in die Lage, voneinander zu lernen. Dadurch wird es möglich, Benchmarks zu setzen und sogenannte „beste Praktiken“ verstärkt zu verbreiten, was, so hoffe ich, künftig dank der Peer Reviews verstärkt zu beobachten sein wird. Die Peer Reviews leisten meiner Meinung nach einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Stärkung unserer Autorität, zur Sicherstellung unserer Glaubwürdigkeit und nicht zuletzt auch zur Verbesserung unserer operativen Effizienz.

Auf der einen Seite steigen die Anforderungen an Programm und Qualität der amtlichen Statistik, auf der anderen soll sie mit weniger Mitteln auskommen und auch noch die Belastung der Auskunftspflichtigen zurückführen. Wie kann das ESS diesen Widerspruch überwinden?

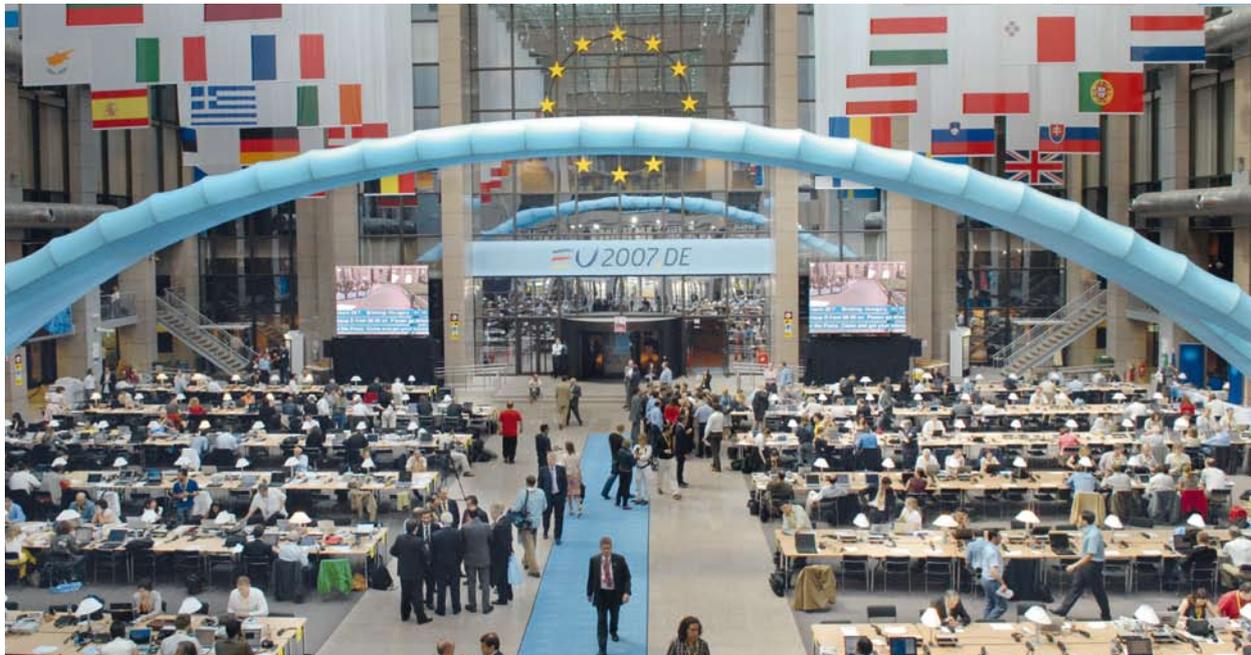
Es stimmt, dass sich die amtliche Statistik – und das trifft mehr oder weniger auf alle Mitgliedstaaten zu – aufgrund der widersprüchlichen Anforderungen in einer recht unangenehmen Lage befindet. Doch selbst wenn die Belastung der Auskunftspflichtigen übertrieben wird, die Anforderungen an die amtliche Statistik überzogen und Fortschritte nur unzureichend gewürdigt werden, sollten wir nicht resignierend darüber lamentieren, sondern uns gemeinsam den Herausforderungen stellen.

Aufgrund unserer bisherigen Erfolge können wir hier optimistisch sein: Die Technologie hat uns in der Vergangenheit gewaltig geholfen und wird uns auch in Zukunft helfen. Der Beitrag der methodischen Innovation war nicht ganz so spektakulär, doch sollten wir ihr Potenzial nicht unterschätzen. Die Nutzung von Daten aus unterschiedlichen Quellen oder die Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Mitgliedstaaten im Rahmen europäischer Stichproben z. B. werden uns helfen, kostengünstiger und belastungsärmer zu arbeiten. Darüber hinaus bietet das ESS eine Vielzahl von Möglichkeiten, Skalenerträge auszunutzen. Die Voraussetzungen für ein grenzüberschreitendes statistisches Arbeiten sind deutlich besser geworden und werden sich durch verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen von ESSnet Projekten oder die Übernahme von Patenschaften noch weiter verbessern. Wir müssen es nur wollen, und ich vermute einmal, dass der Druck, dem wir alle ausgesetzt sind, diesen Willen stärken wird.

Mit Deutschland, Portugal und Slowenien haben sich erstmals drei Mitgliedstaaten in einer Trio-Präsidentschaft zusammengefunden. Was sind ihre ersten Erfahrungen damit?

Ich beurteile die Trio-Präsidentschaft ausgesprochen positiv. Zum einen habe ich feststellen können, dass die Trio-Präsidentschaft der gemeinsamen Setzung von Prioritäten gut getan hat. Im Trio haben sich drei Präsidentschaften letztlich verpflichtet, ein gesetzgeberisches Programm dann auch durchzuziehen. Dadurch konnten Vorhaben gebündelt werden und das hat die Kompromissfindung sicherlich erleichtert. Gerade aufgrund der Komplexität und der Zeitaufwendigkeit des Gesetzgebungsverfahrens in der EU hat sich dies als ausgesprochen nützlich erwiesen.

Doch sollten auch die mehr atmosphärischen Vorteile nicht übersehen werden. Ich glaube, dass die Trio-Präsidentschaft die Position der NSÄ gestärkt hat; sie sind interessierter, und dies über einen längeren Zeitraum, sie sind gemeinsam in die Pflicht genommen und tragen damit auch gemeinsam Verantwortung. All das hätte sich nicht eingestellt, wenn jeder Mitgliedstaat bzw. sein Statistisches Amt weiterhin mit den jeweiligen Repräsentanten das gesetzgeberische Programm nach den jeweiligen nationalen Prioritäten zusammengestellt hätte. Durch die Trio-Präsidentschaft haben wir mehr Disziplin und Kontinuität im gesetzgeberischen Prozess, haben die Rüstkosten gesenkt und nicht zuletzt auch die Rüstzeiten verkürzt. Eigentlich muss man sich fragen, warum wir nicht schon viel früher auf die Trio-Präsidentschaft gekommen sind.



Ausgewählte internationale Tagungen

Das Statistische Bundesamt arbeitet eng mit den Statistikabteilungen internationaler Organisationen zusammen und unterstützt dabei auch übergeordnete politische Ziele, wie beispielsweise die Umsetzung der international vereinbarten Millennium-Ziele der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung.

Wichtige Themen der Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im Jahr 2007 waren die Revision des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA 1993) und die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen.

Das aktualisierte SNA-93 soll im Frühjahr 2008 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen als Empfehlung verabschiedet werden. Als Vorsitzender des vor zwei Jahren eingerichteten Committee on Environmental-Economic Accounts (UNCEEA) berichtete Prä-

sident Walter Radermacher über den Stand der Arbeiten an der Weiterentwicklung und Harmonisierung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Das System of Environmental Accounting (SEEA 2003) soll schrittweise in den Mitgliedstaaten implementiert und bis 2010 zu einem internationalen Standard gemacht werden. Ein weiteres wichtiges Thema der Sitzung waren wie im Vorjahr die Entwicklungsindikatoren und der damit verbundene Aufbau statistischer Kapazität in den Entwicklungsländern.

Neben dem statistischen Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa standen wieder zwei Seminarthemen im Mittelpunkt der Plenarsitzung 2007 der Conference of European Statisticians (CES). Im Rahmen des ersten Seminars „Increasing the Efficiency and Productivity of Statistical Offices“ leitete Präsident Radermacher die Sitzung „Effektivität statistischer Programme“. Das Statistische Bundesamt stellte hier unter anderem das Planungsinstrument „Produktportfolio“ vor. Das zweite Seminar war dem



Thema „Messung des Kapitals über die traditionellen Messungen hinaus“ gewidmet. Hier führte Präsident Radermacher in das Thema „Grenzen der Kapitalisierung im System of National Accounts 1993“ ein.

Präsident Radermacher wurde für zwei Jahre zum Mitglied des CES-Büros gewählt, das die statistischen Arbeiten der CES vorbereitet.

Auch zur Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter (DGINS), die 2007 in Budapest stattfand und dem Thema Globalisierung gewidmet war, trug das Statistische Bundesamt intensiv bei. Präsident Radermacher hatte den Vorsitz der Session zum Thema Umweltdimension der Globalisierung. Er wies auf die Bedeutung des Kyoto-Gipfels hin und darauf, dass Umweltbetrachtung und Umweltstatistik in den einzelnen Staaten unterschiedlich weit fortgeschritten seien. Mit den Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen über indirekten Energieverbrauch, Kohlendioxidemissionen und Güterbeförderungsleistungen wurden

sehr innovative Arbeiten aus Deutschland vorgestellt. In einer abschließenden Round-Table-Diskussion wurden die wichtigsten Aussagen der DGINS-Tagung analysiert und Vorschläge zum weiteren Vorgehen gemacht. Präsident Radermacher plädierte hier u. a. für eine zunehmende Standardisierung und ein besseres Qualitätsmanagement. Die europäische Statistikgesetzgebung solle sich auf die Regelung des Outputs und weniger auf den Input beziehen.

Auch auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) treffen sich die Leiter der Statistikämter der Mitgliedstaaten regelmäßig, um wichtige strategische und fachliche Themen zu diskutieren. Der OECD-Statistikausschuss tagt einmal jährlich (wechselnd in Genf und Paris). Vorsitzender des Statistikausschusses ist zurzeit Dr. Ivan Fellegi (Kanada). Präsident Radermacher ist seit Juni 2006 stellvertretender Vorsitzender des Büros des Ausschusses.

Auf Ebene der OECD möchte sich Deutschland insbesondere bei wichtigen neuen statistischen Themen stärker einbringen. So nahm Präsident Radermacher im Juni 2007 am OECD-Weltforum „Statistics, Knowledge and Policy“ in Istanbul teil. Im Vordergrund der Konferenz standen Indikatoren zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts. Der OECD-Statistikausschuss empfahl die Einrichtung einer Friends of the Chair Group, die die Umsetzung dieses OECD-Großprojektes begleiten soll. Präsident Radermacher erklärte sich bereit, in dieser Friends of the Chair Group mitzuwirken.

Frühschätzung ausgewählter europäischer Konjunkturindikatoren

Die Verbesserung der Aktualität bedeutender Konjunkturindikatoren für die heutigen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-27) und die 13 Länder, die nunmehr der Eurozone angehören, ist ein wichtiges strategisches Ziel des Europäischen Statistischen Systems und wird von zahlreichen Nutzern, insbesondere von politischen Entscheidungsträgern und der Europäischen Zentralbank, eingefordert. Aus diesem Anlass hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) im Jahr 2006 das Projekt "Flash estimates for certain PEEIs" zur Untersuchung der Machbarkeit von Schnellschätzungen für bestimmte Konjunkturindikatoren ausgeschrieben, mit dem Ziel einer Bereitstellung des monatlichen Industrieproduktionsindex (IPI) für die Eurozone und die EU-27 nach 30 Tagen (derzeit 45 bis 48 Tage), des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Eurozone und die EU-27 nach 30 Tagen (derzeit 40 bis 45 Tage), des vierteljährlichen Arbeitskostenindex (LCI) für die Eurozone und die EU-27 nach 45 Tagen (derzeit 75 bis 80 Tage).

Für die Durchführung dieses Projektes hat sich ein Konsortium aus vier nationalen statistischen Ämtern (Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich und Deutschland) erfolgreich beworben.

Das Projekt läuft in zwei Phasen ab: In Phase eins (Januar 2007 bis September 2007) wurden zeitnah verfügbare Informationsquellen, die der Frühschätzung dienlich sein könnten, zusammengestellt sowie Beschreibungen der Vorgehensweisen bei bereits praktizierten Frühschätzungen in den Mitgliedstaaten gesammelt. Zu diesem Zweck wurde vom Statistischen Bundesamt eine Umfrage bei den nationalen statistischen Ämtern und den nationalen Zentralbanken durchgeführt. In Phase zwei (Oktober 2007 bis Oktober 2008) werden Simulationsrechnungen erfolgversprechender Modelle zur Frühschätzung der oben genannten Indikatoren durchgeführt.

Fünf Jahre Twinning-Projekte des Statistischen Bundesamtes

Im Sommer 2007 erhielt das Statistische Bundesamt den Zuschlag für die Durchführung von zwei neuen Twinningprojekten der Europäischen Union (EU) mit Kroatien und Bulgarien. Twinningprojekte sind Partnerschaftsprojekte zwischen Verwaltungen, die von der EU finanziert werden. Ziel dieser Projekte ist es, die Partnerverwaltungen vor allem in den EU-Beitrittsländern in der Anwendung des Gemeinschaftsrechts zu schulen. Im Bereich Statistik gehört das Statistische Bundesamt zu den aktivsten EU-Statistikämtern. Es hat seit dem Jahr 2002 bereits Partnerschaftsprojekte mit Bulgarien, Lettland, Mazedonien, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik durchgeführt und war mit Experten an vier weiteren Projekten beteiligt. Twinningprojekte genießen einen hohen politischen Stellenwert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie koordiniert die Twinningprojekte für die Bundesregierung und unterstützt die deutschen Behörden bei der Durchführung.



Neues Kooperationsprojekt mit Tadschikistan

Gemeinsam mit den Statistikämtern Schwedens, Dänemarks, der Tschechischen Republik sowie der Slowakei führt das Statistische Bundesamt ein Kooperationsprojekt mit dem Staatlichen Statistikamt der Republik Tadschikistan durch. Ziel des Projektes ist die Stärkung des tadschikischen Statistiksystems in allen Bereichen der amtlichen Statistik. Dies umfasst klassische Schwerpunktthemen wie Wirtschaftsstatistiken, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen oder die Agrarstatistik. Begleitend finden Beratungen in Querschnittsbereichen zur institutionellen und organisatorischen Weiterentwicklung des Amtes statt, die bis ins Jahr 2011 andauern.

Jährliches Ranking der Arbeitskosten für alle europäischen Mitgliedstaaten

Höhe und Zusammensetzung der Kosten des Produktionsfaktors Arbeit werden alle vier Jahre im Rahmen der Arbeitskostenerhebungen in allen EU-Mitgliedstaaten nach einheitlichen Richtlinien ermittelt.

Da die Höhe der Arbeitskosten bei Standortentscheidungen von international agierenden Unternehmen eine wichtige Rolle spielt, hat das Statistische Bundesamt ein Schätzverfahren entwickelt, das jährliche Vergleiche des Arbeitskostenniveaus der Länder der Europäischen Union ermöglicht. Der nach einheitlichen europäischen Richtlinien berechnete Arbeitskostenindex spiegelt die vierteljährliche Entwicklung der Arbeitskosten bezogen auf eine geleistete Arbeitsstunde wider. Die Veränderungsraten dieser Konjunkturstatistik werden genutzt, um die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung zu aktualisieren. Für alle EU-27-Mitgliedstaaten hat das Statistische Bundesamt mit dieser transparenten und leicht nachvollziehbaren Methodik die Arbeitskosten für das Jahr 2006 geschätzt und im Juni 2007 erstmals einen europaweiten Vergleich veröffentlicht:

- Beim Niveau der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft lag Deutschland 2006 mit 28,70 Euro hinter Dänemark, Schweden, Luxemburg, Belgien und Frankreich auf Platz sechs in der Europäischen Union. Die niedrigsten Arbeitskosten hatte Bulgarien mit 1,80 Euro, die höchsten Arbeitskosten wies Dänemark mit 33,80 Euro auf.

- Im Verarbeitenden Gewerbe stehen die Unternehmen besonders im internationalen Wettbewerb. Dort zahlten die Arbeitgeber in Deutschland im Jahr 2006 durchschnittlich 32,00 Euro für eine Arbeitsstunde. Damit lag Deutschland hinter Belgien, Schweden und Dänemark auf Platz vier in der Europäischen Union.

Die nächste Arbeitskostenerhebung wird für das Berichtsjahr 2008 durchgeführt. Die Nutzung neuer Software (eSTATISTIK.core) soll dann die Meldungen der Unternehmen deutlich vereinfachen.

Daten zur betrieblichen Weiterbildung in Europa

Nach Ergebnissen der „Dritten Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3 – Third Continuing Vocational Training Survey)“, die 2006 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in Norwegen stattfand, boten im Jahr 2005 69% der deutschen Unternehmen ihren Beschäftigten in irgendeiner Form Weiterbildungsmaßnahmen an. Berufliche Weiterbildung umfasst sowohl Lehrveranstaltungen in Form von Lehrgängen, Kursen und Seminaren als auch andere Formen der betrieblichen Weiterbildung, wie beispielsweise Informationsveranstaltungen, Job Rotation, Lern- und Qualitätszirkel. In 54% der Unternehmen gab es die Möglichkeit, klassische Lehrgänge, Kurse und Seminare zu besuchen. Damit lag der Anteil der weiterbildenden Unternehmen um etwa sechs Prozentpunkte, der von Unternehmen, die auf Lehrveranstaltungen zur Qualifizierung der Beschäftigten setzen, sogar um 13 Prozentpunkte unter den Werten der letzten Befragung (CVTS2) für das Jahr 1999.

Die Teilnahmequote an Lehrveranstaltungen lag dagegen leicht über den Werten von 1999 (38,8% gegenüber 36%). Das heißt in den Unternehmen, die überhaupt Lehrveranstaltungen anboten, nahmen die Beschäftigten diese häufiger in Anspruch als noch 1999. Unverändert nehmen Frauen (35%) im Durchschnitt weniger häufig an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teil als Männer (41%) und wenden dafür weniger Zeit auf (zehn gegenüber zwölf Stunden). Ältere Beschäftigte ab 55 Jahren hatten mit 27% die geringste Teilnahmequote der betrachteten Altersgruppen.

Die Kosten für Lehrveranstaltungen der Unternehmen mit entsprechendem Angebot lagen bei durchschnittlich 651 Euro je Beschäftigten und 1 697 Euro je teilnehmender Person an Lehrveranstaltungen. Bezogen auf alle Unternehmen fielen die Kosten je Beschäftigten im Jahr 2005 mit 504 Euro geringer aus als 1999.



Neue Verfahren zur Tabellengeheimhaltung auf europäischer Ebene

Zur Tabellengeheimhaltung von Aggregaten der europäischen Produktionsstatistik (PRODCOM) bzw. der Unternehmensstrukturstatistiken setzt das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) traditionell Zellsperrungsverfahren ein. Um zu vermeiden, dass Aggregate, die von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) im Rahmen der statistischen Geheimhaltung als vertraulich gekennzeichnet wurden, durch Differenzbildung zwischen dem entsprechenden EU-Aggregat und den dazu beitragenden veröffentlichten Ergebnissen der übrigen Mitgliedstaaten aufgedeckt werden können, wird das EU-Aggregat erforderlichenfalls gesperrt. Von diesen Sperrungen sind relativ viele EU-Aggregate betroffen. Eurostat hat deshalb ein Projektteam damit beauftragt, als Alternative zu diesem Sperrverfahren auf datenverändernden Ansätzen beruhende Konzepte zur Geheimhaltung zu entwickeln und zu testen. Dem Projektteam gehören das Statistische Amt der Niederlande (Leitung), das Statistische Bundesamt und für die Unternehmensstrukturstatistiken außerdem die Polytechnische Universität Kataloniens an. Von einem datenverändernden Geheimhaltungsverfahren spricht man, wenn in der Publikation einige der exakten Originalwerte durch einen geänderten, beispielsweise gerundeten Wert oder durch ein (Rundungs-)Intervall ersetzt werden.

Unterstellt wird dabei, dass für einen Datennutzer ein geänderter/gerundeter Wert oder ein Intervall viel brauchbarer ist als ein Sperrzeichen.

Das Projektteam hat spezielle Rundungsverfahren entwickelt, die im Gegensatz zur traditionellen klassischen deterministischen oder zufälligen Rundung auch die im Vergleich zu Fallzahltabellen höheren Datensicherheitsanforderungen der Geheimhaltung bei Wertetabellen erfüllen.

EDS Europäischer Datenservice mit europäischen Vergleichszahlen

Der EDS Europäischer Datenservice ist Teil eines vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) koordinierten, europaweiten Netzwerks von Beratungsstellen. Dieses Netzwerk trägt den Namen European Statistical Data Support (ESDS). Es bietet den Bürgern in nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die Möglichkeit, Fragen zur EU-Statistik in ihrer Landessprache zu stellen und Antworten zur nationalen und zur EU-Statistik aus einer Hand zu erhalten. Mehr als 9 000 solcher Anfragen werden jährlich vom EDS des Statistischen Bundesamtes für den Standort Deutschland und darüber hinaus bearbeitet.

Die EDS-Website (www.eds-destatis.de) ermöglicht den direkten Zugriff auf den gesamten Datenbestand sowie auf sämtliche Publikationen und Pressemitteilungen Eurostats. Hier stehen mehr als 300 Millionen Daten kostenfrei und ohne Registrierung zum Herunterladen bereit.

Derzeit entwickelt Eurostat in Absprache mit den ESDS-Netzwerkpartnern eine neue nutzerfreundliche Datenbankoberfläche, die bei allen Tabellen auch Grafiken und Landkarten anbietet und somit die Vermittlung von Statistiken um eine zusätzliche Dimension bereichert. Eine erste Version ist bereits auf der EDS-Website zugänglich.

Seit Oktober 2007 kooperiert der EDS Europäischer Datenservice direkt mit dem Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes zur weltweiten Statistik – dem Infoservice International. Beide Auskunftsdienste sind jetzt Teil des i-Punkt Berlin (siehe S. 19).

Meilensteine der fachstatistischen Arbeit



Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In der amtlichen Statistik in Deutschland wurden bisher ausgewählte demografische und sozioökonomische Daten nach der Nationalität (deutsch bzw. nicht-deutsch) und – für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – nach der Staatsangehörigkeit der Betroffenen gegliedert.

Mit den Daten des Mikrozensus 2005 ist es nun erstmals möglich, eine über die Ausländereigenschaft hinausgehende valide und schlüssige Klassifikation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorzunehmen. Die zugrunde liegende Definition nimmt auf Zuwanderung, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung Bezug und zählt zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

- alle Ausländerinnen und Ausländer, unabhängig davon, ob sie im In- oder Ausland geboren sind,
- alle nach 1949 Zugewanderten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, und
- im Inland geborene Deutsche mit mindestens einem (seit 1950) zugewanderten oder hier als Ausländerin oder Ausländer geborenen Elternteil.

Diese Definition geht über die bloße Zuwanderung hinaus. Sie berücksichtigt auch, dass Zuwanderer und ausländische Personen ihren Migrationsstatus vererben und im Inland geborene Deutsche aufgrund elterlicher Eigenschaften einen Migrationshintergrund haben können. Dieser endet aber bei ihnen und geht nicht auf ihre Kinder über. Im Jahr 2005 hatten rund 15,3 Mill. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, das sind knapp 19% der Bevölkerung. Mit 10,4 Mill. stellten die Zugewanderten die größte Gruppe; sie machen gut zwei Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus. Die im Inland Geborenen stellten 4,9 Mill. der Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Zahl dürfte in den nächsten Jahren jedoch deutlich ansteigen, wie sich an dem schon heute überproportional hohen Anteil dieser Bevölkerungsgruppe bei den Schul- und Vorschulkindern ablesen lässt.

Bei den Zugewanderten überwiegt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit 5,6 Mill. die der Deutschen (4,8 Mill.). Bei den hier Geborenen ist es umgekehrt: 1,7 Mill. im Inland geborenen ausländischen Personen stehen knapp 3,2 Mill. Deutsche mit Migrationshintergrund gegenüber.



Projekte zur Erfassung der Globalisierung und ihrer Auswirkungen

■ Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft zeigt sich unter anderem an der Zahl der Unternehmen, die aus dem Ausland kontrolliert werden. Art, Struktur und Umfang dieser Kontrolle sind für Politik und Wissenschaft von großem Interesse. Eine Verordnung der Europäischen Union aus dem Jahr 2007 ordnet gemeinschaftliche Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten an (Statistics on the structure and activity of foreign affiliates – FATS). Das Statistische Bundesamt beteiligt sich darüber hinaus an einer Machbarkeitsstudie zum Nachweis von Strukturinformationen für die aus dem Ausland kontrollierten Unternehmen (InwardFATS-Unternehmen) in einer Untergliederung nach Beschäftigtengrößenklassen. Die Studie wird für die Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Finanzdienstleistungssektors durchgeführt. Eine Belastung der Unternehmen ist damit nicht verbunden, weil Daten aus laufenden Strukturserhebungen in Verbindung mit Informationen aus dem Unternehmensregister ausgewertet werden. Auch die Umsetzung der FATS-Verordnung soll auf diese Weise erfolgen. Erste Ergebnisse sollen voraussichtlich im Herbst 2008 an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften geliefert werden; der Projektbericht zur Pilotstudie soll im ersten Quartal 2009 vorliegen.

■ Bei der § 7-Erhebung zur Erfassung der Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten ins Ausland in den Jahren 2001 bis 2006 galt das besondere Augenmerk den damit verbundenen Beschäftigungseffekten. Untersucht wurden sowohl die Anzahl als auch die Anforderungen an die Qualifikation der in Deutschland entfallenden und an anderer Stelle neu geschaffenen Arbeitsplätze. Weiteres Interesse galt der Motivation, Unternehmensfunktionen ins Ausland zu verlagern, aber auch den empfundenen Hindernissen. Ferner wurden die Auswirkungen erfolgter Verlagerungen auf die betreffenden Unternehmen untersucht.

Bei der in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern Hessens, Nordrhein-Westfalens und Thüringens durchgeführten Erhebung wurden Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches befragt.



Die Ergebnisse zeigen die Strukturen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Außerdem wird der Einfluss von Unternehmensverflechtungen nachgewiesen. Ende 2007 wurden erste Ergebnisse an Eurostat geliefert, ein Projektbericht wird im April 2008 erscheinen. Im Zusammenhang mit dem Projekt wird geprüft, ob sich geeignete Indikatoren zur Messung von internationalen Unternehmensverflechtungen aus bestehenden Erhebungen und Registern entwickeln lassen.

■ Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) wurden die Auswirkungen der gestiegenen Außenhandelsströme und der gestiegenen Beförderungsleistungen im internationalen Personen- und Gütertransport auf die Umwelt und deren Ressourcen untersucht. Dabei wurden die mit diesen Transaktionen und Aktivitäten verbundenen Energieverbräuche und Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen für den Zeitraum 1995 bis 2004 (bei den Verkehrsanalysen bis 2005) geschätzt.

Die Analyse wurde anhand von Daten aus der Input-Output-Rechnung und von UGR-Daten zum Energieverbrauch und zu den CO₂-Emissionen der Produktionsbereiche durchgeführt. Fast die Hälfte des Energieverbrauchs der inländischen Produktionsbereiche (rund 46%) fällt be-

reits bei der Herstellung von Exportgütern an. Es zeigte sich, dass Energieverbrauch und CO₂-Emissionen zur Herstellung der gesamten Exportgüter im Jahr 2004 die entsprechenden Werte bei der Herstellung der Importgüter erheblich übersteigen. Bei den CO₂-Emissionen wurde 2004 ein Exportüberschuss von rund 100 Mill. Tonnen ermittelt, bei CO₂-Emissionen in Deutschland von insgesamt 900 Mill. Tonnen ein beträchtlicher Wert. 1995 war dagegen die CO₂-Emissionsbilanz der Importe und Exporte noch weitgehend ausgeglichen.

Auch die Analyse des internationalen Güterverkehrs und der Personentransporte im internationalen Luftverkehr brachte Erstaunliches zu Tage: Der Transport unserer Im- und Exportgüter außerhalb Deutschlands war 2005 mit einer Verkehrsleistung (in Tonnenkilometern) verbunden, die fast dem Fünffachen der Verkehrsleistungen innerhalb Deutschlands entspricht. Dadurch wurden CO₂-Emissionen von mehr als 60 Mill. Tonnen verursacht, rund 5 Mill. Tonnen mehr als durch die inländischen Gütertransporte. Auch die CO₂-Emissionen im internationalen Passagierflugverkehr von und nach Deutschland weisen zwischen 1995 und 2005 einen rasanten Anstieg auf ein Niveau von fast 35 Mill. Tonnen auf. Diese Ergebnisse sind von großer Bedeutung, da die CO₂-Emissionen im internationalen Verkehr bisher im Rahmen der Kyoto-Berichterstattung ausgeklammert wurden. Hier werden lediglich die nationalen Transporte (innerhalb Deutschlands) berücksichtigt.

Exportweltmeister Deutschland – Titel auf Zeit?

Der deutsche Außenhandel hat im Jahr 2007 nach vorläufigen Ergebnissen sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren und beim Handelsüberschuss ein Rekordergebnis erzielt. Mit Ausfuhren in Höhe von 969 Mrd. Euro, das entsprach einer Zunahme von 8,5% gegenüber dem Vorjahreswert, verkaufte Deutschland mehr Waren in das Ausland als jedes andere Land der Erde und konnte sich damit zum fünften Mal in Folge den Titel „Exportweltmeister“ sichern. Die deutschen Einfuhren beliefen sich auf 770,4 Mrd. Euro und wiesen damit ein Plus von 5% auf.



Den Titel Exportweltmeister hatte Deutschland im Jahr 2003 von den Vereinigten Staaten übernommen. Hauptverantwortlich für die deutsche Spitzenposition war die Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar in den Jahren 2003 und 2004. Der reale Wertzuwachs der deutschen Ausfuhren allein hätte nicht ausgereicht, um die US-Exportwirtschaft ab 2003 zu übertreffen.

Deutschland behauptete sich 2007 mit Exporten im Wert von umgerechnet 1329 Mrd. US-Dollar vor der Volksrepublik China, die Waren im Wert von 1218 Mrd. US-Dollar ausführte und damit die Vereinigten Staaten (1163,3 Mrd. US-Dollar) von der zweiten an die dritte Stelle verdrängte. Durch atemberaubende Zuwachsraten ihres internationalen Warenhandels hat die Volks-



republik China damit nicht nur die viertgrößte Handelsnation Japan weit hinter sich gelassen, sondern rückt immer dichter an den Spitzenreiter heran. Damit scheint es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange Deutschland den „Weltmeistertitel“ angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung Chinas noch verteidigen kann. Langfristig wird man die Volksrepublik China mit ihren 1,3 Milliarden Menschen in internationalen Wirtschaftsvergleichen eher mit der Europäischen Union als mit Deutschland auf eine Stufe stellen müssen.

Immobilienpreise: Erstmals Ergebnisse für neu erstelltes und gebrauchtes Wohneigentum

Die Krise auf dem US-Immobilienmarkt hat deutlich gemacht, welche große Bedeutung die Entwicklung der Immobilienpreise im Hinblick auf die Geldpolitik sowie für die Stabilität der Finanzmärkte und damit auch für ganze Volkswirtschaften hat.

Um die Preisbeobachtung im Immobilienbereich zu verbessern, beteiligt sich das Statistische Bundesamt an einem europäischen Pilotprojekt zur preisstatistischen Erfassung des selbst genutzten Wohneigentums. Neben dem im Rahmen des Projekts entwickelten Häuserpreisindex, der die Preisentwicklung für neu erstellte Wohngebäude und Wohnungen abbilden soll, wurde im Herbst 2007 erstmalig auch ein Preisindex für gebrauchte Wohnimmobilien vorgestellt. Vierteljährliche Ergebnisse für den Häuserpreisindex sowie für den Preisindex für gebrauchte Häuser und Wohnungen wurden bislang rückwirkend für den Siebenjahreszeitraum 2000 bis 2006 berechnet.

Die Resultate zeigen im betrachteten Zeitraum eine durchaus unterschiedliche Entwicklung der Preise in beiden Marktsegmenten: Im Jahr 2006 lag der Häuserpreisindex für Wohnungsneubauten um 1,2% über dem Stand des Jahres 2000. Nach einer rückläufigen Preisentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003 um $-1,2\%$ war seit 2004 wieder ein Anstieg des Häuserpreisindex zu beobachten (2006 gegenüber 2003: $+2,4\%$). Die Preise für gebrauchte Wohnimmobilien hingegen gingen in den Jahren 2000 bis 2006 um insgesamt 3% zurück.

Unabhängig vom weiteren Fortschritt des europäischen Pilotprojekts strebt das Statistische Bundesamt an, auf den bislang erreichten Ergebnissen aufzubauen und eine laufende Berechnung – vorerst beschränkt auf den Häuserpreisindex für Neubauten – auf nationaler Ebene umzusetzen.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in der Preisstatistik ist die Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen. Die Konjunkturstatistikverordnung der Europäischen Union (EU) schreibt seit ihrer Änderung im Jahr 2005 vor, für verschiedene Dienstleistungsbereiche ab 2006 vierteljährlich Erzeugerpreisindizes zu berechnen. Für etwa 20 Wirtschaftssektoren der unternehmensnahen Dienstleistungen sollen EU-weit Preisindizes bereitgestellt werden.

In Deutschland konnten nach mehrjährigen Arbeiten im Herbst 2007 erstmals Preisindizes auf Basis des Jahres 2006 für die Sektoren Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Unternehmensberatung, Marktforschung, Straßengüterverkehr und Frachtumschlag veröffentlicht werden. Ergebnisse für weitere Sektoren wie Telekommunikation, Post- und Kurierdienste, Schienengüterverkehr, Ingenieurleistungen und Reinigung von Gebäuden werden im Jahr 2008 folgen.



Ansprüche privater Haushalte auf Alterssicherungsleistungen

In Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern erfolgt die Altersversorgung vorwiegend nach dem Umlageverfahren, das heißt die jeweilige Generation der Erwerbstätigen finanziert die Leistungen an die jeweilige Rentnergeneration. Die Nachhaltigkeit einer Alterssicherung im Umlageverfahren wird bei einer alternden Gesellschaft, wenn sich also das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern verringert, zu einem wichtigen Thema. Um die Auswirkungen des demografischen Wandels fundiert beurteilen zu können, sind vollständige Informationen zu den Ansprüchen privater Haushalte gegenüber den Alterssicherungssystemen notwendig. Von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurde dieses Thema jetzt aufgegriffen.

Angesichts der unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit unvollständigen Darstellung der Ansprüche aus umlage- bzw. steuerfinanzierten Alterssicherungssystemen wurde im Rahmen der Revision der weltweiten VGR-Methodik, des „System of National Accounts“, eine neue Behandlung von Renten- und Pensionsansprüchen vereinbart. So sollen über die kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme

me hinaus auch die nicht-kapitalgedeckten Systeme privater Arbeitgeber im Kernsystem der VGR erfasst werden. Zusätzlich soll ein Ausweis aller Alterssicherungssysteme, einschließlich der Sozialversicherung (Gesetzliche Rentenversicherung) und der Beamtenversorgung, in einer Übersichtstabelle erfolgen.

Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde ein Anwartschaftsmodell für die gesetzliche Rentenversicherung entwickelt und Berechnungen für die Rentenanwartschaften der Jahre 2004 und 2005 durchgeführt. Diese belaufen sich auf 5,7 bzw. 5,3 Billionen EUR (entsprechend 256 % bzw. 235 % des Bruttoinlandsprodukts). Die versicherungsmathematischen Berechnungen basieren auf Daten der Deutschen Rentenversicherung und Prognosen zur Entwicklung verschiedener Rahmenparameter. Rentenrechtliche Regelungen wurden, soweit diese für die Höhe der Anwartschaften relevant waren, für jede Teilgruppe gesondert berücksichtigt. Das Ergebnis hängt dabei wesentlich von den zugrunde gelegten Annahmen über die Diskontrate, die Lohnentwicklung und die Entwicklung der Lebenserwartung ab. Änderungen der Annahmen wirken sich in unterschiedlichem Maße auf die Höhe der Anwartschaften aus. Um den Einfluss von Änderungen der Annahmen und der Rahmenbedingungen nachvollziehbar zu machen, wurden diese in der Übersichtstabelle gesondert ausgewiesen.

Die Berechnungen zu den Anwartschaften in der Rentenversicherung bilden den ersten Schritt zum Aufbau einer umfassenden Darstellung aller Alterssicherungssysteme. Im nächsten Schritt wird die VGR-Übersichtstabelle um Berechnungen zu den Anwartschaften der Beamten ergänzt.

Aktuelle Ergebnisse zur Kindertagesbetreuung und zum Elterngeld

Die Betreuung von Kindern war auch 2007 wieder ein häufig diskutiertes Thema in Politik und Öffentlichkeit.

Seit dem Jahr 2006 bietet die amtliche Statistik Angaben über Art und Umfang der Nachfrage nach Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen oder bei Tagesmüttern beziehungsweise -vätern. Danach wurden im März 2006 in Deutschland insgesamt rund 3 Mill. Kinder unter 14 Jahren ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch ihre Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder in Tagespflege betreut. Der Großteil der Kinder (98 % bzw. 2,95 Mill.) besuchte eine Tageseinrichtung, 2 % (rund 60 000 Kinder) wurden durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut.

Bei den „Kleinsten“ unter drei Jahren hatten die Eltern von rund 287 000 Kindern die eigene Kindererziehung und Betreuung durch Angebote in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege ergänzt. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) belief sich damit auf rund 13,6%. In den neuen Ländern (ohne Berlin) wurde für rund 40%, im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) für rund 8% der unter dreijährigen Kinder Tagesbetreuung in Anspruch genommen.

Bei Kindern zwischen drei und fünf Jahren hatten die Eltern von rund 1,95 Millionen Kindern Angebote zur Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten oder in Kindertagespflege in Anspruch genommen. Die Betreuungsquote belief sich in Deutschland auf 87,1%. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) fiel sie mit 86,2% etwas niedriger aus als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 92,5%.

Am 1. Januar 2007 hat das neue Bundeselterngeld das Bundeserziehungsgeld abgelöst. Erwerbstätige Mütter oder Väter erhalten als Elterngeld 67% des wegfallenden durchschnittlichen Nettogehalts der letzten zwölf Monate, wenn die Arbeitszeit ganz oder teilweise reduziert



wird, mindestens 300 Euro und höchstens 1 800 Euro pro Monat. Nicht Erwerbstätige erhalten den Mindestbetrag von 300 Euro. Je nach Familiensituation erhöht sich der Betrag um einen Geschwisterbonus und gegebenenfalls einen Mehrlingszuschlag.

Im ersten Halbjahr 2007 wurden rund 200 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Nach rund 60 000 genehmigten Anträgen im ersten Quartal erhöhte sich die Zahl der Bewilligungen im zweiten Quartal auf 140 000. Bundesweit wurde von Januar bis Juni 2007 rund 17 000 Vätern Elterngeld bewilligt, dies entspricht einem Anteil von 8,5 %.

Den höchsten Väteranteil gab es in Berlin (11,1%), gefolgt von Brandenburg (10,0%), Bayern und Hamburg (jeweils 9,7%). Im Saarland legten 5,6% der Väter eine „Babyzeit“ ein, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt betrug der Väteranteil 6,4% beziehungsweise 6,8%.

Den Mindestbetrag des Elterngeldes erhielten im ersten Halbjahr 2007 bundesweit 108 000 (54%) der Mütter bzw. Väter. In gut jedem dritten dieser Fälle (37 000; 34%) erhöhte sich der Mindestbetrag um einen Geschwisterbonus und gegebenenfalls einen Mehrlingszuschlag.

Auch beim Bezug des Mindestbetrags zeigten sich im ersten Halbjahr 2007 große regionale Unterschiede: In Sachsen (44,6%), Brandenburg (46,4%) und Bayern (46,9%) erhielt weniger als die Hälfte, in Bremen mehr als drei Viertel (77%) der Mütter oder Väter den Mindestbetrag.

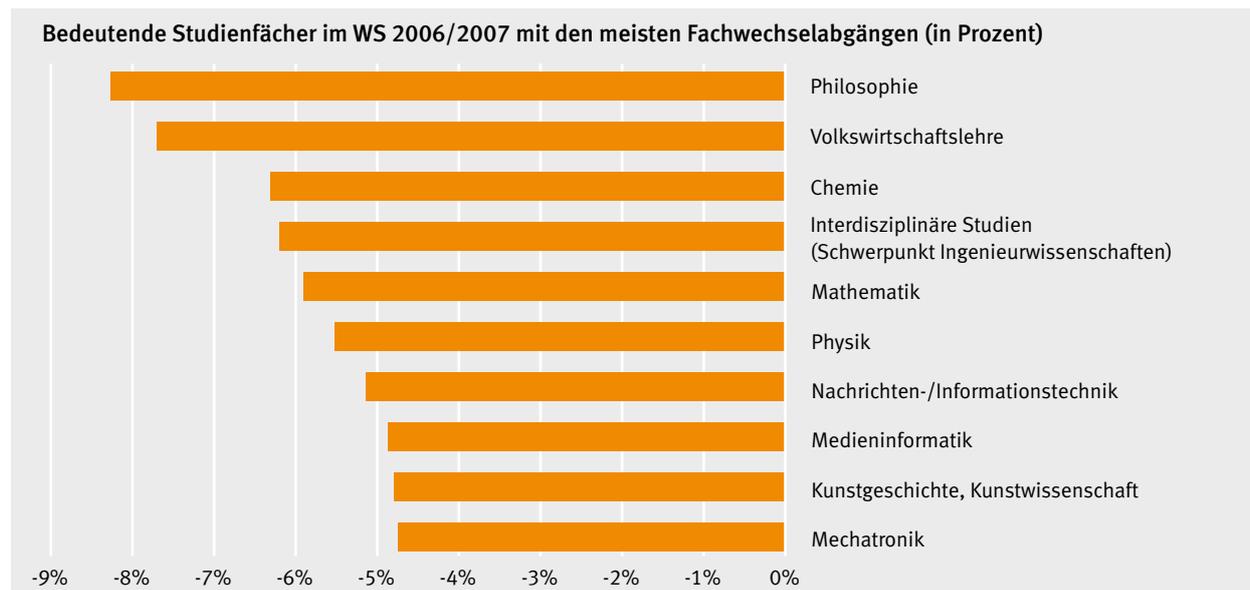
Entwicklung von Studienverlaufsindikatoren

Neben der Entwicklung von Studienanfänger- und Absolvierungszahlen an Hochschulen sind für Forschung, Politik und Öffentlichkeit auch Aussagen zum Studierverhalten von zunehmendem Interesse. Hier geht es um Fragen, wie

- in welchen Bereichen besonders oft ein Studienfach- bzw. Hochschulwechsel zu beobachten ist,
- wie viel Prozent der Studienanfänger eines Jahrganges ihr Studium erfolgreich beenden oder auch
- wie stark diese Studienerfolgsquote zwischen den einzelnen Studienfächern variiert und wo sie besonders niedrig ist.



Diese Aspekte können mit der Studenten- und Prüfungsstatistik nicht direkt beantwortet werden, da es kein berichtsjahrübergreifendes Identifikationsmerkmal gibt und die Datensätze für einzelne Erhebungszeitpunkte somit nicht im Längsschnitt verknüpfbar sind. Um diese Informationslücken zu reduzieren, beteiligt sich das Statistische Bundesamt am Projekt „Weiterentwicklung von Indikatoren im Rahmen der Bildungsberichterstattung“ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und For-





schung (BMBF) und versucht, geeignete Berechnungsverfahren für Indikatoren zur Beschreibung des Studienverlaufes zu finden.

Erste Analyseergebnisse ermöglichen bereits einen Ausweis des Studienfachwechsels: So wechselten insgesamt 45 800 Studierende im Erststudium zum Wintersemester 2006/07 ihr Studienfach. Dies entspricht knapp 3% aller Studierenden im zweiten oder einem höheren Semester

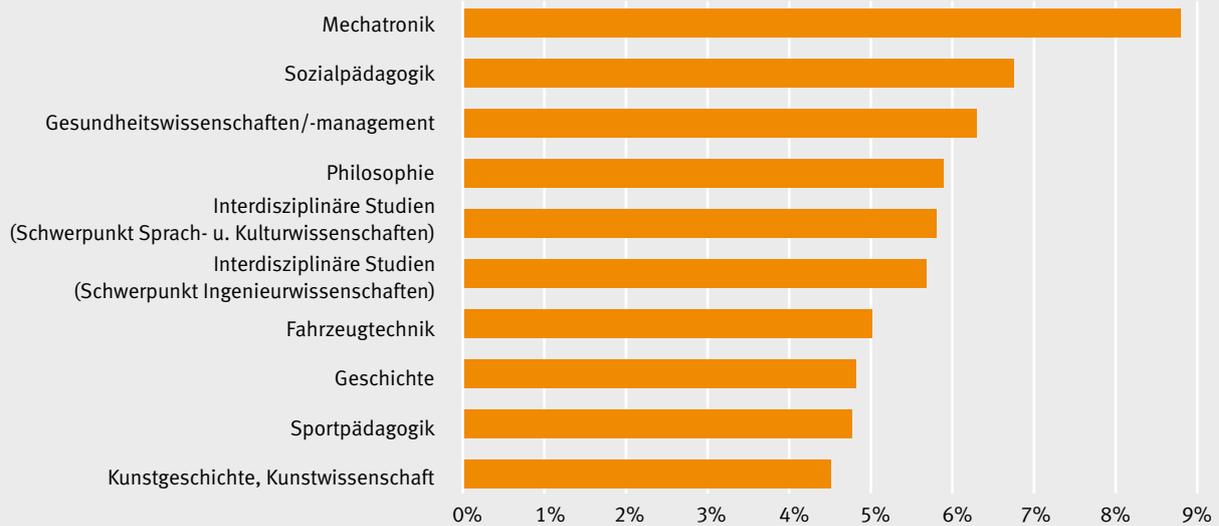
(die Summe der Studierenden im zweiten und höheren Semester entspricht der Gesamtheit der Studierenden, die im Vergleich zum Vorsemester potentiell gewechselt haben könnten).

Betrachtet man einzelne Studienfächer mit überdurchschnittlich vielen Studenten separat, so handelt es sich bei den in der Abbildung links dargestellten Studienfächern um die mit den anteilig häufigsten Fachwechselabgängen und bei den rechts dargestellten um die mit den relativ meisten Fachwechselzugängen.

Die Studienfächer Mechatronik sowie Sozialpädagogik hatten den höchsten prozentualen Fachwechselzugang. Das Fach Philosophie wies die meisten Fachwechselabgänger aus.

Die Analysen zum Fach- und Hochschulwechsel werden zur Zeit ergänzt durch Untersuchungen zu fach- und hochschulbezogenen Erfolgsquoten der Studierenden sowie zu Übergangsquoten der Bachelorstudierenden zum Masterstudiengang an deutschen Hochschulen. Die Indikatoren zum Studienverlauf sollen nach Abschluss des Projektes veröffentlicht werden.

Bedeutende Studienfächer im WS 2006/2007 mit den meisten Fachwechselzugängen (in Prozent)



Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit

Das Statistische Bundesamt bereitet seit dem 1. Januar 2006 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen eines Pilotprojektes die Daten der Statistik der Entwicklungszusammenarbeit auf.

Die Ergebnisse der Statistik, die vor allem auch der internationalen Berichterstattung an den Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dienen, stellen die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit sowie die sonstigen öffentlichen und privaten Leistungen an Entwicklungsländer dar. Zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe sowie Beiträge an internationale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen, Europäische Union, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken) und Schuldenerlasse. Neben den öffentlichen Leistungen werden auch die von privater Seite geleisteten Beiträge (z.B. Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen) zur Entwicklung erfasst.

Im Mai 2005 wurde vom Ministerrat der Europäischen Union ein ODA-Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtet hat, den Anteil der deutschen ODA-Leistungen am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2006 ergab sich – wie auch schon für das Vorjahr – eine ODA-Quote von 0,36%. In

absoluten Zahlen ausgedrückt entspricht das ODA-Leistungen in Höhe von 8,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 8,1 Mrd. Euro), wobei 5,6 Mrd. Euro auf die bilaterale und 2,7 Mrd. Euro auf die multilaterale Zusammenarbeit entfielen. Schuldenerlasse und Umschuldungen summierten sich auf 2,4 Mrd. Euro. Mit 4,3 Mrd. Euro (+21,3%) floss mehr als die Hälfte der Mittel (51,1%) aus dem Etat des BMZ. Das Auswärtige Amt finanzierte Leistungen in Höhe von 0,3 Mrd. Euro (4,2%). Die Bundesländer finanzierten 2006 Leistungen zur Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 764,2 Mill. Euro (–2,4%). Darin enthalten sind auch Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern in Höhe von 717,0 Mill. Euro (–3,7%). Die Leistungen der Bundesländer ohne Studienplatzkosten erreichten mit 47,2 Mill. Euro wieder ein ähnliches Niveau wie 2004. Im Rahmen der privaten Entwicklungshilfe (z.B. durch die Deutsche Welthungerhilfe e.V., MISEREOR e.V.) wurden 2006 Beiträge – finanziert aus Eigenmitteln und Spenden – in Höhe von 1,1 Mrd. Euro geleistet. Die Summe der privaten Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern lag bei 9,9 Mrd. Euro.

Neue fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik

Im Rahmen der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 hat der Gesetzgeber die Einführung des auf Fallpauschalen basierenden DRG (Diagnosis Related Groups) - Vergütungssystems zur Vergütung der Leistungen der Krankenhäuser beschlossen. Seit dem 1. Januar 2004 ist die Anwendung des DRG-Systems für allgemeine Krankenhäuser verpflichtend. Nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz werden umfangreiche, auf diesem Abrechnungssystem basierende Struktur- und Leistungsdaten über das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus an das Statistische Bundesamt übermittelt.

Erstmals wurden auf dieser Basis umfangreiche Ergebnisse zur stationären Versorgung im Jahr 2005 im April 2007 in der neuen Fachserienreihe „Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik)“ veröffentlicht. Damit konnte das Informationsspektrum der bisherigen amtlichen Krankenhausstatistik wesentlich ergänzt und erweitert werden. Insbesondere im Bereich der Prozeduren- und Diagnosestatistik können Informationen beispielsweise zu Operationen und medizinischen Prozeduren sowie eine Erweiterung der Hauptdiagnosen um die jeweiligen Nebendiagnosen für alle vollstationären Behandlungsfälle eines Kalenderjahres wesentlich differenzierter und schneller zur Verfügung gestellt werden. Neben Angaben über das Morbiditätsgeschehen und die Morbiditätsentwicklung in der stationären Versorgung liefert die DRG-Statistik auch Informationen über das Volumen und die Struktur der Leistungsnachfrage und trägt somit zur verbesserten Transparenz im Gesundheitswesen bei. Für die auskunftspflichtigen Krankenhäuser ist mit der neuen Statistik kein zusätzlicher Aufwand verbunden, da auf bereits vorliegende Daten aus dem Datenpool nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz zurückgegriffen wird.





Personal und Haushalt des Statistischen Bundesamtes

Mitarbeiterbefragung 2007: „Vergleichen wir.“

Um wichtige Impulse der Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes für die Modernisierung der amtlichen Statistik einzubinden, werden seit 2005 im Zweijahresrhythmus Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Nahezu drei Viertel der Amtsangehörigen beteiligten sich an der im Jahr 2007 erstmals online durchgeführten Erhebung.

Die diesjährige Umfrage stand unter dem Motto „Vergleichen wir.“ Ihre Ergebnisse konnten zum einen dazu herangezogen werden, die aktuelle Situation in den verschiedenen Abteilungen zu bewerten. Zum anderen ließen sich erstmals Veränderungen im Zeitablauf feststellen und vergleichen. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung wurden in Gesprächen zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ihren Führungskräften sowie der Personalvertretung eingehend erörtert.

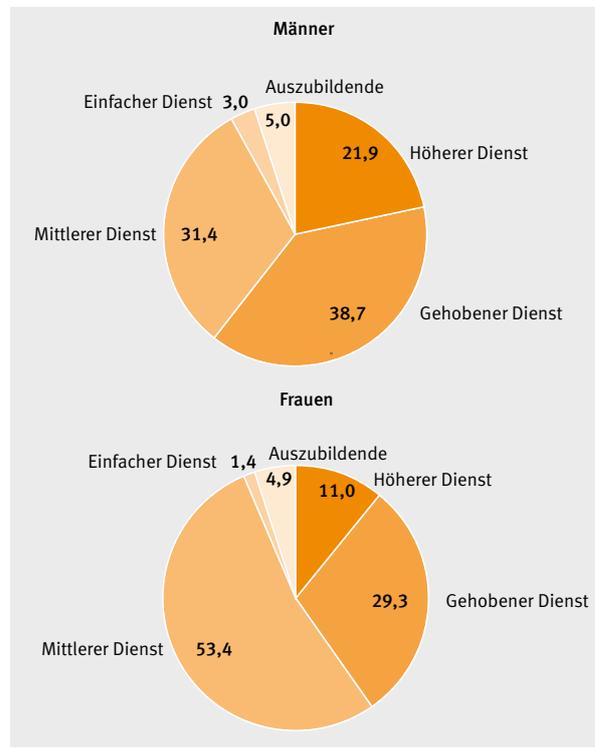
Mit dem überarbeiteten Fragebogen wurde erneut ein breites Spektrum an Themenbereichen abgedeckt, wie beispielsweise „Allgemeine Zufriedenheit“, „Qualifikation und Entwicklungsmöglichkeiten“ sowie „Das Statistische Bundesamt als Arbeitgeber“. Generell fielen die Einschätzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positiver aus als im Jahr 2005. Zum Beispiel stieg die Zufriedenheit mit den direkten Vorgesetzten sowie den Arbeits(platz)bedingungen. Auch die bereichsübergreifende Zusammenarbeit verlief in den Augen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reibungsloser als noch vor zwei Jahren. Darüber hinaus ergaben sich wertvolle Hinweise auf weitere Verbesserungsmöglichkeiten im Amt, beispielsweise was die Vermittlung der strategischen Ziele anbelangt. Die Amtsleitung griff diese Anregungen auf. In „fit 2012“ finden sich die strategischen Ziele nun verständlicher und kompakter wieder. Der Erfolg dieser und weiterer Verbesserungsmaßnahmen wird sich spätestens bei der nächsten Mitarbeiterbefragung im Jahr 2009 messen lassen.

Personalstruktur im Wandel

Im Oktober 2007 hatte das Statistische Bundesamt 2 804 Beschäftigte.

Am Hauptsitz in Wiesbaden waren 2 028 und in der Zweigstelle Bonn 754 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Ein Team von 22 Statistikern arbeitete in der Berliner Informationsstelle (i-Punkt), zu dem der Europäische Datenservice (EDS) und die internationale Statistik gehören. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten (54,7%) des Statistischen Bundesamtes sind Frauen.

Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes nach Geschlecht und Laufbahngruppen



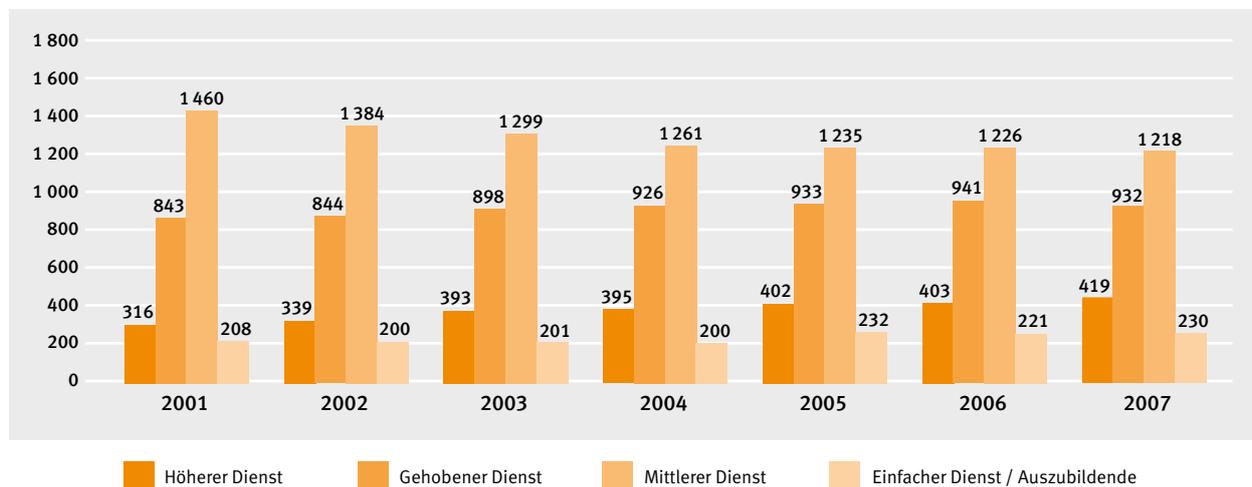


Zwischen 2000 (3 008 Beschäftigte) und 2007 ist die Zahl der Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes um 209 Personen oder 6,9% zurückgegangen. Von diesem Rückgang waren nicht alle Laufbahngruppen

gleichermaßen betroffen. Da zunehmend mehr Aufgaben mit wissenschaftlichem Charakter an das Statistische Bundesamt gestellt werden, ist es ein Ziel des Hauses, seine Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel anzupassen. So stieg der Anteil der Beschäftigten im höheren Dienst an allen Beschäftigten im oben genannten Zeitraum von 10,6% auf 15%, während der Anteil der Beschäftigten im mittleren Dienst von 52,8% auf 43,5% sank.

Das Statistische Bundesamt engagiert sich auch weiterhin für die Berufsausbildung: Derzeit befinden sich 137 junge Menschen in der Ausbildung zum Fachangestellten für Bürokommunikation oder zum Fachinformatiker.

Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes nach Laufbahngruppen in den Jahren 2001 bis 2007
(Stand jeweils Januar des betreffenden Jahres)



Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes nach Geschlecht und Laufbahngruppen
(Stand: Oktober 2007)

Laufbahngruppen	Insgesamt		Männer		Frauen	
Höherer Dienst	447	100%	278	62,2%	169	37,8%
Gehobener Dienst	942	100%	492	52,2%	450	47,8%
Mittlerer Dienst	1 218	100%	399	32,8%	819	67,2%
Einfacher Dienst	59	100%	38	64,4%	21	35,6%
Auszubildende	138	100%	63	45,7%	75	54,3%
Insgesamt	2 804	100%	1 270	45,3%	1 534	54,7%

Aus- und Fortbildung

Im Zielkatalog „fit 2012“ haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes verpflichtet, ihre Kompetenzen aktiv und regelmäßig weiterzuentwickeln. Ein umfassendes Angebot an berufsbegleitender Fortbildung hilft den Beschäftigten, ihre Qualifikationen an neue Erfordernisse anzupassen, und ist damit zugleich einer der wichtigsten Bausteine der Personalentwicklung. Das Fortbildungsangebot trägt sowohl dem raschen Wandel der Informations- und Kommunikationstechnik Rechnung als auch Gender- und Gleichbehandlungsthemen. Es reicht von der Einführungsfortbildung über die Qualifizierungsfortbildung, ein Nachwuchsführungskräfteprogramm, die Führungskräftefortbildung bis hin zur Sprachfortbildung.

Ein ganz besonderes Anliegen ist dem Statistischen Bundesamt die Ausbildung Jugendlicher. Fast 140 junge Menschen werden derzeit an den Standorten Wiesbaden und



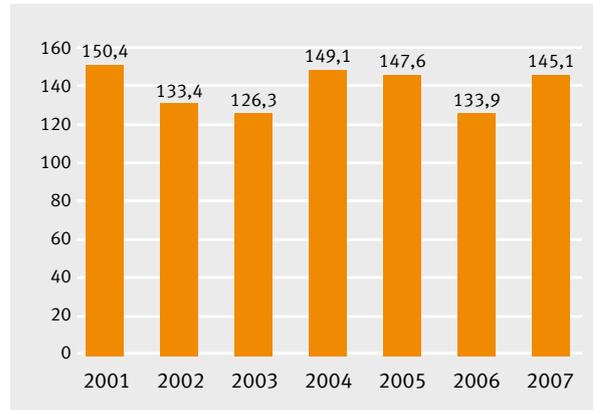
Bonn zu Fachangestellten für Bürokommunikation oder Fachinformatikern ausgebildet und ihnen darüber hinaus kaufmännische Zusatzqualifikationen vermittelt.

Der Haushalt des Statistischen Bundesamtes 2007

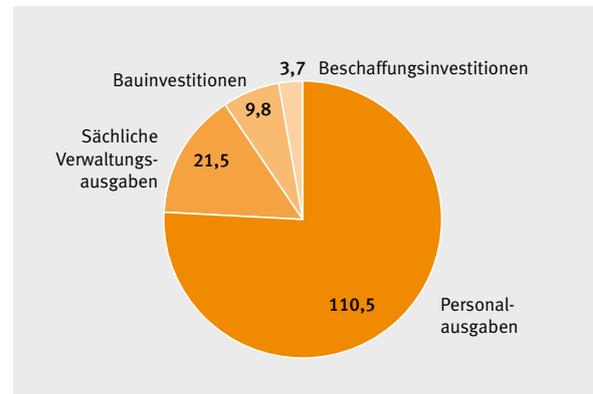
Die Zuweisung neuer Aufgaben führte, trotz grundsätzlicher Haushaltskonsolidierung, zu einer spürbaren Eteraterhöhung beim Statistischen Bundesamt. Der veranschlagte Haushalt (Haushalts-Soll) belief sich im Jahr 2007 auf 145,1 Mill. Euro. Wie bereits im Jahr zuvor führte eine politisch vorgegebene „globale Minderausgabe“ von 8 Mill. Euro zu einem Haushalts-Soll von rund 137 Mill. Euro. Davon entfallen rund 10 Mill. Euro auf die mehrjährigen Maßnahmen der Gesamtanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden.

Die Erstellung, Aufbereitung und Verbreitung von Statistiken ist auch bei zunehmendem Einsatz der Informationstechnik eine personalintensive Aufgabe. Der größte Ausgabenblock beim Statistischen Bundesamt sind daher traditionell die Personalausgaben: Im Jahr 2007 entfielen 76 % der veranschlagten Ausgaben auf den Personalbereich. Die sächlichen Verwaltungsausgaben hatten einen Anteil am Haushalt von 15 %, die Bau- und Beschaffungsinvestitionen zusammen einen von 9 %.

Der veranschlagte Haushalt des Statistischen Bundesamtes (Mill. Euro)



Veranschlagte Ausgaben 2007 des Statistischen Bundesamtes (Mill. Euro)



Ressourcenverbrauch 2007 nach Produktgruppen

Der Produkthaushalt des Statistischen Bundesamtes liefert als wichtiges Steuerungselement Informationen darüber, wofür Ressourcen eingesetzt werden, und schafft so eine bessere Transparenz zwischen den Zielen und den dafür eingesetzten Mitteln. In ihm werden die Kosten und Erlöse abgebildet, die für die Erstellung der externen Produkte angefallen sind.

Das Säulendiagramm veranschaulicht die entstandenen Kosten für die ersten drei Quartale im Jahr 2007, aufgeteilt nach einzelnen Produktgruppen.

Für die Produktgruppe „Außenhandel, Unternehmen, Handwerk“ sind in diesem Zeitraum mit mehr als 27 Mill. Euro die meisten Mittel verbraucht worden. Diese Produktgruppe enthält die mit der Außenhandelsstatistik (Intra- und Extrahandelsstatistik) größte zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Statistik. Gemessen an der Höhe des Ressourcenverbrauchs folgen die für bestimmte Wirtschaftsbereiche (z. B. Produzierendes Gewerbe, Handel und Gastgewerbe) durchgeführten Statistiken (13,9 Mill. Euro), die Statistiken über Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch (11,1 Mill. Euro) sowie die Statistiken der Bevölkerung und Erwerbstätigkeit u. a. (8,1 Mill. Euro). Die Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkosten-Modell (SKM) zur Ermittlung der in Deutschland durch bundesstaatliche Informationspflichten verursachten Bürokratielasten benötigte Ressourcen in Höhe von 6,7 Mill. Euro.

Ressourcenverbrauch Quartal 1- Quartal 3 2007 nach Produktgruppen (in Mill. Euro)



VGR = Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 UGR = Umweltökonomische Gesamtrechnungen
 SRW = Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 BiB = Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
 BiSp = Bundesinstitut für Sportwissenschaft



Gesamtsanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden

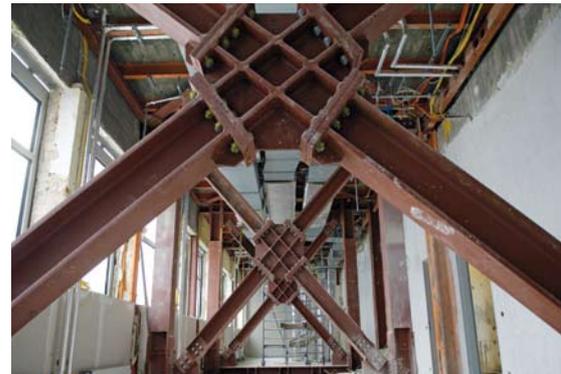
Im November 2005 hat die Gesamtsanierung des Dienstgebäudes des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden begonnen. In zwei Bauabschnitten werden in den nächsten Jahren das Hochhaus und die angrenzenden Nebengebäude sowie das Rechenzentrum saniert.

Anfang 2007 waren die vorbereitenden Abbrucharbeiten weitestgehend abgeschlossen und der Neuausbau der Gebäude konnte beginnen. Dabei wurden umfangreiche statische Ertüchtigungen, die einen massiven Eingriff in die Bausubstanz erforderten, umgesetzt.

Mit der tiefgreifenden Sanierung sind eine Neugestaltung der Außenfassade des Gebäudes und die Schaffung einer attraktiven Arbeitsumgebung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden. Anfang 2009 werden die ersten neu sanierten Gebäude bezogen werden können.

Rund 1000 Beschäftigte sind für die Zeit der Baumaßnahme in sieben Ausweichliegenschaften im Stadtgebiet Wiesbaden untergebracht. Zusätzlich wurden Bibliothek, Druckerei und Poststelle des Statistischen Bundesamtes verlegt. Damit sind die gut 2800 Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes nun auf dreizehn Standorte, elf in Wiesbaden sowie je einen in Bonn und Berlin, verteilt.







Organisation des Statistischen Bundesamtes
Stand: April 2008



Präsident und
Bundeswahlleiter
Walter Radermacher



Vizepräsident und stell-
vertr. Bundeswahlleiter
Peter Weigl



Abteilung Z

Verwaltung

Dr. Werner Nowak



Abteilung I

Grundsatzfragen der
Bundes- und inter-
nationalen Statistik,
Informationsverbreitung

Jürgen Chlumsky



Abteilung II

Informationstechnik,
Mathematisch-statisti-
sche Methoden

Dieter Sarreither



Abteilung III

Gesamtrechnungen,
Arbeitsmarkt

Wolfgang Strohm



Abteilung IV

Unternehmensregister,
Industrie, Binnenhandel

Dr. Roland Gnos

Organisation,
Qualitätsmanagement,
Controlling
Haushalt, Kosten- und
Leistungsrechnung,
Innerer Dienst
Projektgruppe
Gesamtsanierung
Personal,
Aus- und Fortbildung
Rechtsangelegenheiten

Grundsatzfragen,
Nationale und internatio-
nale Koordinierung
Institut für Forschung
und Entwicklung in der
Bundesstatistik
Forschungsdatenzentrum
Online-Dienste,
Veröffentlichungen,
Corporate Design
Presse, Zentrale Informa-
tionsdienste, Bibliothek
Kooperation mit anderen
Staaten, Sprachendienst
i-Punkt Berlin
Hauptstadtservice, Inter-
nationale Statistik, EDS
Europäischer Datenservice
Schriftleitung von „Wirt-
schaft und Statistik“
Standardkosten-Modell

Mathematisch-statis-
tische Methoden
IT-Infrastruktur,
-Produktion
IT-Entwicklung
IT-Nutzerservice,
Statistische und Geo-
Informationssysteme

Entstehung und
Verwendung des Inlands-
produkts
Nationaleinkommen,
Staatssektor, Außenwirt-
schaft
Aufbau eines Sozio-
ökonomischen Berichts-
systems
Input-Output-Rechnung,
Vermögensrechnung
Arbeitsmarkt
Umweltökonomische
Gesamtrechnungen

Unternehmensregis-
ter, Koordinierung der
Unternehmensstatis-
tiken, Klassifikationen
Konjunktur der
Industrie, Produktion
Struktur der Industrie,
Handwerk, Energie,
Gewerbeanzeigen
Binnenhandel,
Gastgewerbe, Tourismus



Abteilung V

Preise, Außenhandel,
Verkehr, Verdienste

Sibylle von
Oppeln-Bronikowski



Abteilung VI

Bevölkerung,
Bildung, Staat

Dr. Sabine Bechtold



Abteilung VII

Dienstleistungen, Land-
wirtschaft, Umwelt

Hannelore Pöschl



Abteilung VIII

Gesundheit, Soziales,
Private Haushalte

Karl Müller

Preise
Außenhandel
Verkehr
Verdienste und
Arbeitskosten

Volkszählung, Bevölke-
rungsentwicklung
Bildung, Forschung und
Entwicklung, Kultur,
Rechtspflege
Öffentliche Haushalte
und Unternehmen
Steuern

Verwaltung, Aus- und
Fortbildung
Land- und Forstwirt-
schaft, Fischerei
Umwelt
Dienstleistungen,
Kostenstruktur,
Eisen und Stahl

Gesundheit
Soziales
Mikrozensus,
Arbeitskräftestichprobe,
Haushalte und Familie
Wirtschaftsrechnungen
und Zeitbudgets

Information und Adressen

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611/75 1
Telefax: +49 (0) 611/75 40 00
www.destatis.de

Allgemeiner Informationsservice
Telefon: +49 (0) 611/75 24 05
Telefax: +49 (0) 611/75 33 30
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
www.destatis.de/kontakt

Pressestelle und journalistischer Informationsservice
Telefon: +49 (0) 611/75 34 44
Telefax: +49 (0) 611/75 39 76
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
presse@destatis.de
Veröffentlichungskalender der Pressestelle
www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin
Friedrichstraße 50-55
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: +49 (0) 30/18 644 94 34
Telefax: +49 (0) 30/18 644 94 30
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
i-punkt@destatis.de

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: +49 (0) 611/644 1
Telefax: +49 (0) 228/ 99 643 89 90 oder 89 91

Das Statistische Bundesamt auf einen Blick

Unsere wichtigsten Aufgaben und Dienstleistungen:

- Wir produzieren zusammen mit den 14 Statistischen Landesämtern Statistiken zu Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.
- Wir versorgen mit aktiver Öffentlichkeits- und Pressearbeit Allgemeinheit und Medien mit statistischen Informationen.
- Wir bieten Informationsangebote für alle, über unsere Presse- und Auskunftsdienste, die Webseite www.destatis.de und verschiedene Online-Datenbanken.
- Wir beraten und unterstützen befragte oder auskunftgebende Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.
- Wir leisten Methodenforschung, Politikberatung und führen Datenanalysen durch.
- Den empirischen Wissenschaften in Deutschland bietet die amtliche Statistik über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter Zugang zu anonymisierten Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Wir sind:

- Rund 2 800 Statistiker, davon mehr als die Hälfte Frauen.
- Wir steigern die Effizienz: Die gewachsenen Aufgaben erfüllen wir mit einer seit dem Jahr 2000 um fast 7% zurückgegangenen Mitarbeiterzahl.
- Wir arbeiten an den Standorten Wiesbaden (Hauptsitz), Bonn (Zweigstelle) und Berlin (i-Punkt Berlin).
- Eine zielgerichtete Fortbildung unserer Beschäftigten ist Bestandteil unserer Personalentwicklung.

Unsere Rahmenbedingungen:

- Im Jahr 2007 standen uns aus dem Bundeshaushalt rund 137 Mill. Euro zur Verfügung.
- Wir nutzen modernste Informationstechnologie und leisten durch unsere internetbasierten Dienstleistungen und Innovationen einen wichtigen Beitrag zum eGovernment des Bundes.
- Wir beteiligen uns aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und an der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik.

Impressum Jahresbericht 2007

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Wiesbaden

Redaktion:
Ute Oechsner
ute.oechsner@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611/75 23 70
Telefax: +49 (0) 611/72 40 00

Gestaltung:
Statistisches Bundesamt/KOOB

Erschienen im Mai 2008
Bestellnummer: 0000016-07700-1

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Fotorechte:

Umschlag © Statistisches Bundesamt, © KOOB, © Patrick Nietzsche-elsone u. Diavolos/photocase.com
Seite 3, 7, 8, 12, 14, 16, 18, 19, 21, 23, 24, 26, 28, 30, 32, 33, 36, 37, 40, 46, 47, 49, 51, 57, 62, 74, 75, 78, 79, 80, 81, 82, 83 © Statistisches Bundesamt
Seite 5, 13, 35, 48, 61, 71, 72 © KOOB
Seite 11, 15, 58 © Fancy.Veer/F1 Online
Seite 4, 6, 39 © panthermedia.net/Rilo.N
Seite 65 © panthermedia.net/Maximilian.B
Seite 42 © Strandperle/Photodisc
Seite 64 © Siemens Pressebild
Seite 45 © Bundesagentur für Arbeit
Seite 5, 60, 63 © irisblende.de/a_2488/t_0372
Seite 52 © European Commission
Seite 54, 55 © Photo Europäisches Parlament
Seite 4, 34, 38 © Matthis Dierkes/photocase.com
Seite 4, 20 © Anna-Lena Thamm/cydonna@photocase.com
Seite 22 © Janine Wittig/photocase.com
Seite 25 © Mr.B & Oeln/photocase.com
Seite 29 © seraph/photocase.com
Seite 31 © whoiscocoon/photocase.com
Seite 33 © Andreas.F/photocase.com
Seite 37 © kallejipp/photocase.com
Seite 43 © Diavolos/photocase.com
Seite 67 © subwaytree/photocase.com
Seite 68 © Patrick Nietzsche-elsone/photocase.com
Seite 69 © Praxisdesign Dr. Peiler/photocase.com

